Sonnabend, 24. September 1932
Nr. 217. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Wochenend-ausgabe

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Die Streikwelle wächst

Überall geschlossenes Vorgehen der Arbeiter ohne Unterschied der Richtung gegen Lohnabbau

Erfreulicherweise ist die Widerstandsaktion der Arbeiterschaft gegen die Durchführung der Papen-Lohnabbauverordnung im ganzen Reich im Steigen begriffen. Teilweise genügt schon das geschlossene Auftreten der Belegschaften, den Unternehmer ohne Streik zum Rückzug zu zwingen.

An neuen Meldungen liegen vor:

Leipzig. In der Pittler-Werkzeugmaschinen-A.-G. ist die gesamte Belegschaft gegen den von der Direktion angekündigten Lohnabbau mit Verkürzung der Arbeitszeit geschlossen in den Streik getreten.

Die Belegschaft der Textilfabrik Flechtner in Langenbielau hat gleich der schon im Kampf befindlichen Belegschaft Meyer-Kauffmann gestern den Streik gegen den Lohnabbau beschlossen.

In Hamburg ist die Belegschaft der Papierfabrik Fuchs in den Streik getreten. Die Firma hatte durch Anschlag bekanntgeben lassen, daß ab 1. Oktober die übertariflichen Löhne gestrichen werden, was für die Anlegerinnen einen Abbau der Löhne von 61 auf 50½ Pfg. bedeuten würde. Die Firma hat versucht, durch den Arbeitsnachweis des Graphischen Gewerbes Streikbrecher zu bekommen; als ihr das aber völlig mißlang, ja die Arbeitslosen sich als die eifrigsten Verteidiger des Streiks erwiesen, kapitulierte die Firma und bewilligte alle Forderungen der Belegschaft.

In Berlin

ist es in einer Reihe weiterer Mittelbetriebe, so bei der Metallwarenfabrik Emmich und Schönemann, in den Kunststeinwerken Gebr. Friesecke zum Streik gekommen gegen den versuchten Notverordnungslohnabbau. Bei der Firma Wolff, Netter und Jacoby in Adlershof ist der versuchte Lohnabbau von 20 Prozent durch passive Resistenz abgewehrt worden.

In Reichenbach (Schlesien) hat die Firma Weyl und Nassauer am schwarzen Brett 12- bis 18prozentigen Lohnabbau bekanntgegeben. Die Arbeiterschaft trat dagegen in passive Resistenz.

Die Direktion der Wittener Hütte (Westfalen) teilte dem Betriebsrat mit, daß sie eine zehnprozentige Lohnkürzung durchzuführen gedenke. Sollte die Belegschaft die Lohnkürzung ablehnen, so mache die Direktion von der Papenschen Notverordnung Gebrauch und würde auf Grund von Neueinstellungen eine Kürzung der Löhne bis zum höchstzulässigen Prozentsatz durchführen.

Ein klassischer Beweis, daß die „Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsvermehrungs"-Verordnung von Papen nichts anderes ist als ein Mittel zum Lohnraub.

Keine „Friedenspflicht" kann und darf die Arbeiter daran hindern, den Lohnraub mit allen Mitteln des Kampfes abzuwehren.

Neue Zuchthausurteile

Duisburg, 22. September.

Das hiesige Sondergericht verurteilte gestern wegen des am 14. Juli d. J. in Oberhausen verübten kommunistischen Ueberfalls auf eine Anzahl Nationalsozialisten, die aus einer Versammlung heimkehrten, wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung die Angeklagten Edersbach zu drei Jahren Zuchthaus und Ewers als Haupträdelsführer zu vier Jahren Zuchthaus. Drei Angeklagte erhielten je zwei Jahre Gefängnis. Den beiden Erstgenannten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre aberkannt.

10 Jahre Zuchthaus für Eisenbahnräuber

Berlin, 22. September.

Das Schwurgericht beim Landgericht II verurteilte heute den 33jährigen Mechaniker Richard Schulz wegen versuchten Totschlags, Gewaltandrohung und Diebstahls zu insgesamt 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Der mehrfach, unter anderem wegen Kollidiebstahls, vorbestrafte Angeklagte war bereits am 29. März auf dem Anhalter Bahnhof von Ueberwachungsbeamten bei einem Diebstahl beobachtet worden, konnte aber die ihn verfolgenden Beamten mit einem Revolver in Schach halten und entfliehen. In der Nacht zum 11. April wurde er abermals von zwei Ueberwachungsbeamten im Gange eines D-Zugwagens gestellt. Auf Anruf gab er sofort sieben Schüsse auf die Beamten ab, durch die ein Beamter schwer verletzt wurde. Der zweite Beamte konnte die Weiterverfolgung nicht aufnehmen, da er sich um den Schwerverletzten kümmern mußte. Die Beamten bekundeten, daß sie Schulz in dem Schein der Lampe und im Mündungsfeuer erkannten; auch die Beamten, die den Schulz im März gestellt hatten, erklärten, ihn mit Sicherheit wiederzuerkennen. Der Staatsanwalt hatte mit Rücksicht auf die Roheit des Vorgehens und die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten eine Zuchthausstrafe von 12 Jahren, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht beantragt.

WBTB Dortmund, 22. September.

Das Dortmunder Sondergericht verurteilte den 18jährigen Landarbeiter Peßki wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einem Jahre Zuchthaus. Der Angeklagte hatte einem Polizeibeamten, der Peßkis Bruder festnehmen wollte, einen Faustschlag ins Gesicht versetzt und versucht, seinen Bruder aus der Gewalt des Beamten zu befreien. Da es sich hier um keine politische Tat und um keine allzu gröbliche Ausschreitung handelte, will das Sondergericht ein Gnadengesuch befürworten. Die letzte Notverordnung läßt bei tätlichen Angriffen gegen Polizeibeamte die Zubilligung mildernder Umstände nicht zu.

Gandhi-Hungerstreik vor dem Ende

Puna, 22. September.

WTB. Zwischen den Hindus und den Parias (Unberührbare) haben heute während des ganzen Tages Verhandlungen stattgefunden, um endlich für die Lösung der zwischen ihnen bestehenden Streitfragen eine Grundlage zu finden, die es Gandhi gestattete, sein Fasten abzubrechen. Eine aus Vertretern beider Verhandlungsparteien zusammengesetzte Delegation hat sich noch im Laufe des Abends zu Gandhi begeben, um ihn von dem Verlaufe der Beratungen in Kenntnis zu setzen. Die Delegierten hoffen, noch morgen zu einer endgültigen Lösung zu gelangen und wollen, sobald Gandhi sich mit dem Uebereinkommen einverstanden erklärt hat, Premierminister Macdonald davon umgehend unterrichten.

Die Arbeitslosenziffer steigt!

Amtliche Schönfärberei

Der „Wirtschaftsoptimismus", „Silberstreifen am Horizont" und ähnliche schöne Phantasien, mit denen die Papenregierung ihre Wirtschafts- bzw. Lohnabbaudiktatur gegen die Arbeiter begründet, paßt zu der Wirklichkeit wie die Faust aufs Auge. Es geht auf dem wirtschaftlichen Gebiet immer weiter abwärts, das wird durch den untrüglichsten Barometer, die Arbeitslosenziffer, bewiesen. Aber von „Amts wegen" wird jetzt „Optimismus" gebraucht, und so müssen die amtlichen Arbeitslosenberichte diesem künstlichen Scheingebilde angepaßt werden. Lediglich von diesen Erwägungen ist der folgende amtliche Bericht der Reichsanstalt diktiert:

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 21. September.

„Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen betrug am 15. September rund 5 261 000, lag also nicht wesentlich (!!) über der Zahl vom 31. August. Die Bewegungen, die zu diesem Endergebnis geführt haben, waren sehr verschiedenartig. In einzelnen wichtigen Berufsgruppen fand eine Entlastung, in anderen eine Neubelastung des Arbeitsmarktes statt, beides überwiegend aus jahreszeitlichen Ursachen. Im übrigen drückt sich in der Zahl der Arbeitslosen auch die starke Zunahme der Arbeitsdienstwilligen aus, die zweifellos über die Zahl vom 31. August — rund 144 000 — weit hinausgewachsen sind. Trotzdem ist in der Berichtszeit die Arbeitslosenzahl nur um rund 38 000 gestiegen, während in der entsprechenden Zeit des Vorjahres eine Zunahme um rund 109 000 zu verzeichnen war.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. September rund 659 000 (gegen 697 000 Ende August), in der Krisenfürsorge rund 1 280 000 (gegen 1 295 000 Ende August) Hauptunterstützungsempfänger betreut. Die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt waren, belief sich Ende August schätzungsweise auf 65 000 Personen."

*

Es sind also selbst nach diesem frisierten Bericht 38 000 Arbeitslose hinzugekommen. Aber in Wirklichkeit stimmt dieser Bericht einfach nicht. Selbst der gewiß nicht radikale ADGB-Statistiker Woytinski hat aus den Zahlen der bei den Krankenkassen als Betriebstätige Gemeldeten errechnet, daß

mindestens eine Million mehr Erwerbslose, als amtlich gemeldet,

vorhanden sind. Diese Ziffer dürfte in Wirklichkeit noch zu niedrig sein, weil Woytinski bei seinen Berechnungen nur die Ziffern der letzten Jahre zugrunde legt. Man kann daher statt der 5,26 mit rund 7 Millionen Erwerbslosen rechnen.

Aber selbst wenn man den frisierten amtlichen Bericht zur Grundlage nimmt, so ergibt sich daraus eine ungeheuerliche Steigerung der Erwerbslosennot. Trotz Zunahme der amtlichen Arbeitslosenziffer von 38 000 ist in der ersten Septemberhälfte die Zahl der Alu-Empfänger um 38 000, die der Kru-Empfänger um 15 000 zurückgegangen. Der Rückgang der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen dürfte noch viel größer sein. Sie betrug nach den letzten Schätzungen rund zwei Millionen. Vielen Hunderttausenden von Arbeitslosen ist gerade in den letzten Wochen durch die Papennotverordnung vom 14. Juli jegliche Unterstützung geraubt worden.

Es werden daher jetzt nach dem amtlichen Bericht von den gezählten 5,26 Millionen Arbeitslosen nur 3,94 Millionen überhaupt unterstützt. Ohne jegliche Unterstützung bleiben daher:

1,32 Mill. gezählte Arbeitslose
1 Mill. mehr (nach Woytinski).

Also mindestens 2,32 Millionen Arbeitslose sind erbarmungslos dem Verhungern preisgegeben. Die übrigen haben Bettelpfennige, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.

Das ist das wahre Gesicht der heutigen „christlichen" Herrschaft. Jedoch — „an sozialer Gesinnung läßt sich die Papenregierung von niemand übertreffen!"

Bayrische Volkspartei gegen Papen

Die Regierung von Papen hatte sich, wie wir bereits berichteten, in der letzten Zeit lebhaft um eine Eingliederung der Bayrischen Volkspartei in die Regierungsfront bemüht. Diese Bemühungen sind, wie jetzt eindeutig feststeht, gescheitert.

Die Presse der Bayrischen Volkspartei nimmt heute in sehr entschiedener Form gegen die Pläne der Reichsregierung Stellung. Sie erklärt, Grundform des deutschen Staatswesens müsse die Demokratie sein, und die Bayrische Volkspartei gehe mit dieser Parole in den Wahlkampf. Der Sinn einer sogenannten überparteilichen Reichsführung könne nicht darin bestehen, sich in einer völligen Verkennung der Wirklichkeit gegen die Parteien zu stellen und sie zu bekämpfen. Eine Reichsregierung, die ich auf die Dauer allein auf die Autorität des Reichspräsidenten stützen zu können glaube, werde diese Autorität verzehren. Es sei dringend abzuraten, daß die Reichsregierung mit dem Namen des Reichspräsidenten Wahlen mache. Auch sollte sich die Reichsregierung hüten, ihren Namen als Wahl- und Sammelparole auszugeben: dies oder der sogenannte Hindenburg-Block sei für die Bayrische Volkspartei jedenfalls keine Parole. Das Verhältnis zwischen Zentrum und Bayrischer Volkspartei habe eine unendliche Vertiefung und Bereicherung erfahren, seit innerhalb der Zentrumspartei die Erkenntnis immer mehr im Wachsen begriffen sei, wie notwendig und sinnvoll für die gesamte deutsche Politik eine selbständige Bayrische Volkspartei sei.

Mit diesen Erklärungen dürften die Hoffnungen der Reichsregierung, die Bayrische Volkspartei im kommenden Wahlkampfe in die Regierungsfront einzureihen und auf diesem Wege auch auf die Zentrumspartei Einfluß zu gewinnen, erledigt sein.

KPD fordert Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 22. September.

VDZ. Die kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages haben die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt, und zwar mit folgender Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu der durch die Deutschland-Rüstungsnote an Frankreich geschaffenen Lage; 2. Bericht über die Lausanner Konferenz.

Termin überhaupt noch nicht festgesetzt!

Leipzig, 23. September.

CNB. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, entbehren die Pressenotizen jeder Grundlage, die von der Festsetzung des Hauptverhandlungstermins in der verfassungsrechtlichen Streitsache zwischen Preußen und dem Reich um die Einsetzung des preußischen Staatskommissars auf den 29. September oder 6. Oktober wissen wollen. Eine Terminfestlegung durch den Staatsgerichtshof kann zur Zeit noch nicht erfolgen, da der Briefwechsel zwischen den Parteien noch nicht abgeschlossen ist.

Ruhrkonflikt

Papens Schlichter für neues Hungerdiktat?

Für Sonnabend, den 24. September, hat der staatliche Schlichter für Westfalen, Professor Brahm, die Schlichtungsverhandlung über die Lohnabbauforderungen des Zechenverbandes und die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im Ruhrbergbau angesetzt. Bei den vorausgegangenen Verhandlungen am 9. September zwischen den Zechen- und Gewerkschaftsvertretern unterbreitete der Zechenverband wörtlich folgenden Vorschlag:

„Zur besseren Anpassung an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der einzelnen Schachtanlagen werden sämtliche Lohnsätze der bestehenden Lohnordnung für den Ruhrbergbau mit Wirkung vom 1. Oktober um 12 Prozent gemäßigt, wobei jedoch unter Gewährung von Ueberverdiensten über die tariflichen Mindestsätze hinaus eine Unterschreitung des im Monat Juni 1932 im Ruhrbergbau durchschnittlich erzielten Leistungslohnes (5,73 RM) um mehr als 3 Prozent verhindert wird. Diese Regelung ist so zu treffen, daß mindestens zwei Drittel der Gesamtbelegschaft des Ruhrbergbaus in ihrem Lohn nicht schlechter gestellt werden als während der Geltung der bisherigen Lohnordnung."

Auf den ersten Blick dürfte nicht ganz klar werden, welche besonderen Absichten die Unternehmer mit diesem verklausulierten Vorschlag verfolgen. Ein Teil der in der Papenschen Notverordnung vorgesehenen Eingriffe in das Tarifwesen ist für den Ruhrbergbau heute noch nicht anwendbar. So können Neueinstellungen, die zu einer Durchbrechung des Lohntarifes berechtigen, bei dem jetzt vorherrschenden System der Feierschichten nicht vorgenommen werden. Der Vorstoß der Unternehmer geht deshalb dahin, mit Hilfe des staatlichen Schlichters eine allgemeine Tariflockerung durchzuführen, die schließlich auf die völlige Beseitigung des Tarifvertrages hinausläuft. Es ist nicht schwer zu erkennen, daß der Lohnabbau nicht auf ein Drittel der Schachtanlagen beschränkt bleibt, da alle anderen Zechen zur Aufrechterhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit sehr bald mit weiteren Lohnabbauforderungen aufwarten würden. Die Unternehmer hätten auf diese Art die Zerschlagung des Tarifgebiets und der bisher einheitlichen Lohnsätze erreicht. Für die Führung gewerkschaftlicher Lohnkämpfe würden dadurch besonders unter den heutigen schwierigen Bedingungen jedes gewerkschaftlichen Kampfes fast unüberwindliche Hindernisse entstehen.

Für die Bergarbeiter an der Ruhr sind die kommenden Tarifvereinbarungen deshalb von weittragender Bedeutung. In dreimaliger Aufeinanderfolge ist es den Unternehmern gelungen, die Löhne der Ruhrbergarbeiter abzubauen. Nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes ist die durchschnittliche monatliche Lohnsumme, die im Steinkohlenbergbau im Jahre 1929 rund 99,3 Millionen Mark betrug, auf 40 Millionen gesunken. Der Umfang der Feierschichten hat ein solches Ausmaß angenommen, daß im Jahre 1929 auf jeden im Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter im Monat durchschnittlich 23,2 und im Mai dieses Jahres nur noch 19,3 Schichten entfielen. Das durchschnittliche Monatseinkommen ging seit dem Jahre 1929 von 195 Mark auf 128 Mark zurück. Von dieser Summe bleibt aber nur nach Abzug aller Sozialbeiträge ein Nettoverdienst von durchschnittlich 100 Mark. Dabei ist weiter zu berücksichtigen, daß die Einlegung der Feierschichten nicht für alle Arbeiter einheitlich erfolgt, sondern für viele Schachtanlagen derart unterschiedlich und häufig, daß die in den Zechenkolonien wohnenden Bergleute nach Abzug der Miete an den Lohntagen oft ohne jeden Pfennig Geld nach Hause gingen.

Die verzweifelte Lage hat unter den Bergarbeitern eine starke Verbitterung hervorgerufen. Die Arbeit unter Tage stellt infolge der durchrationalisierten Arbeitsweise unerhörte Anforderungen an jeden Einzelnen. Die Förderziffer im Vergleich zur Belegschaftsstärke ergibt, daß jeder Bergmann fast das Doppelte seiner früheren Arbeitsleistung erreichen muß. Die vor wenigen Jahren eingeführten Maschinen zum Abbau der Kohle lassen erst jetzt ihre schädlichen Einwirkungen auf die Gesundheit des Bergarbeiters erkennen. Eine ganze Anzahl neuer Gefahren bringt diese Maschinenarbeit mit sich. Es mehren sich ständig die Fälle, wo Aerzte bei den unmittelbar vor der Kohle beschäftigten Bergleuten die Zerrüttung des Nervensystems, Krankheiten der Gelenke und Atmungsorgane feststellen. Die Verbandszeitung der christlichen Bergarbeiter „Der Bergknappe" bringt zum Beweis dieser neuen Krankheitserscheinungen den ärztlichen Befund eines 42jährigen Bergmannes, der infolge Ueberanstrengung und Unterernährung völlig nervös und körperlich erschöpft seine Arbeit aufgeben mußte, und bemerkt dazu, daß es sich hier nicht um einen vereinzelten Fall handelt. Der fragliche Arbeiter mußte seinen gesamten Lebensunterhalt bei schwerer körperlicher Arbeit mit täglich 45 Pfg. bestreiten.

Der Vorstoß der Zechenunternehmer beschränkt sich aber nicht nur auf den Abbau der Löhne, sie fordern gleichzeitig die gesetzliche Festlegung der 8-Stundenschicht unter Tage, während heute noch theoretisch der 7-Stundentag im Bergbau besteht, und die achte Stunde als Ueberarbeit gewertet wird.

Bei dieser trostlosen Lage der Bergkumpels dürfen die Gewerkschaften gewiß kein Mittel unversucht lassen, die Angriffe des Unternehmertums abzuwehren. Trotzdem ist von einer ernsthaften Vorbereitung des Abwehrkampfes durch die Gewerkschaften im Ruhrgebiet nichts zu entdecken. Der christliche und freie Bergarbeiterverband beschränken sich auf leere Deklarationen gegenüber dem Zechenverband, während die KPD mit ihrem Einheitsverband der Bergarbeiter und der RGO für den kommenden Sonntag eine Schachtdelegiertenkonferenz nach Essen einberufen hat. Obwohl die kommunistische Presse sich in ihrem Ton merklich umgestellt hat, ist ihre Aufforderung zur Wahl von Einheitsausschüssen in den Belegschaften fast ohne Widerhall geblieben. Durch die Belegschaft der Schachtanlage Diergardt III erließ die KPD einen Appell an alle Belegschaften zur Beschickung ihrer Schachtdelegiertenkonferenz; von den 160 Schachtanlagen im Ruhrgebiet haben sich diesem Appell bisher nur die Belegschaften der Zechen Neumühl, Prossper II und Friedrich Heinrich angeschlossen. Es mögen im Laufe der letzten Tage noch einige Schachtanlagen hinzukommen, die große Masse der Bergarbeiter im Ruhrgebiet wird durch diese Art von Kampfmobilisierung nicht erfaßt.

Wir zweifeln zwar nicht daran, daß es der KPD gelingen wird, einen in seiner Aufmachung eindrucksvollen Bergarbeiterkongreß zustande zu bringen, aber es ist eben doch nur alles Aufmachung, und es steckt keine wirkliche Kampfkraft hinter diesem Kongreß. Wie es in der Aufforderung zur Beschickung des Kongresses heißt, sollen die Delegierten in Stuben, Rutschen, Revier-, Bergarbeiter- und Belegschaftsversammlungen gewählt werden. In verschiedenen Orten wählte man in kleinen Versammlungen 10 bis 15 Delegierte, daraus geht hervor, daß man zwar zahlenmäßig viele Delegierte zusammenbringt, die aber in Wirklichkeit nur eine verhältnismäßig kleine Schicht von Bergarbeitern vertreten. Der Kongreß wird deshalb auch genau wie alle seine Vorgänger in der Auswirkung negativ bleiben. Es rächt sich bitter, daß die kommunistisch orientierten Bergarbeiter heute nicht mehr im alten Bergarbeiterverband, sondern an einem ganz falschen Frontabschnitt des ökonomischen Kampfes isoliert in einem selbständigen Verband organisiert sind, und so der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ihre bedingungslose Kapitulation vor den Zechenbaronen erleichtern.

Gerade in dieser Frage fällt deshalb unseren SAP-Genossen im Bergarbeiterverband eine besondere Aufgabe zu, der wir uns leider bisher mit der genügenden Aktivität noch nicht zugewandt haben. Es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen, wenn der Hauptvorstand des Bergbau-Industriearbeiterverbandes in einer Richtigstellung gegenüber der KPD-Presse über eine Verbandsversammlung feststellen muß, daß nicht KPD-, sondern SAP-Genossen die Opposition führten. Wir müssen aber endlich dazu kommen, daß unsere Genossen allerorts gegen den reformistischen Kurs im Verband auftreten und die Mitgliedschaft von der Schädlichkeit der bisherigen Gewerkschaftstaktik der Bürokratie überzeugen. Nur so werden wir eine wirkliche einheitliche Kampffront aller Bergarbeiter zustande bringen.

Emil Heyen.

Sozialdemokratische Hilfsstellung für Papen

Aus den Verhandlungen des Reichstagsuntersuchungsausschusses

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags trat am Donnerstag im zweitgrößten Saale des Reichstagsgebäudes, dem Sitzungssaale des Haushaltsausschusses, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Löbe zusammen. Er tagt heute zum erstenmal als Untersuchungsausschuß, mit der Aufgabe, die Vorgänge bei der Auflösung des Reichstags zu prüfen.

Der Vorsitzende Löbe teilte mit, welche Fragen der Ueberwachungsausschuß als Untersuchungsausschuß prüfen solle. Erstens soll untersucht werden, zu welcher Zeit sich der Reichskanzler in der Sitzung des Reichstages vom 12. September zum Worte gemeldet hat, um die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages zu verlesen, ob vor oder nach Eintritt in die Abstimmung. Zweitens soll festgestellt werden, wann die Auflösungsurkunde dem Präsidenten des Reichstages übergeben wurde, und wie er sich bei der Uebergabe verhalten hat.

Der Vorsitzende Löbe machte dann Mitteilung darüber, daß er die Vorladung vor den Untersuchungsausschuß an den Reichskanzler und die anderen Regierungsmitglieder persönlich überbracht habe.

Er stellte fest,

daß die Regierungsmitglieder sich bei der gegenwärtigen Sachlage geweigert hätten, vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen,

daß die Weigerung keine absolute sei, daß sie aber auch die Regierungsmitglieder nicht von der Zeugenpflicht entbinden könne. Dagegen befürwortete der Vorsitzende Löbe, im Einvernehmen mit den Vorschlägen des Reichskanzlers, vor der endgültigen Beschlußfassung über die gegenüber den Regierungsmitgliedern zu ergreifenden Maßnahmen, zunächst die anderen Zeugen, insbesondere Tribünenbesucher und Parlamentsjournalisten, zu vernehmen und erst dann in einer geschlossenen Sitzung des Ueberwachungsausschusses darüber schlüssig zu werden, was weiter zu geschehen habe.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde beschlossen, an Stelle der bisher nur auf mündlichem Wege erfolgten Ladung aller Zeugen die durch die Strafprozeßordnung vorgesehene schriftliche Ladung mit Zustellung treten zu lassen, auch gegenüber den Regierungsmitgliedern.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit wurde in die

Zeugenvernehmung

eingetreten. Als erster Zeuge wurde einer der Schriftführer des bisherigen Reichstages, der deutschnationale Abgeordnete Laverrenz, vernommen. Er erklärte an Hand von noch am gleichen Abend gemachten Aufzeichnungen, daß der Reichskanzler sich zweimal zum Worte zu melden versucht habe.

Reichstagspräsident Goering wurde als Zeuge

ausführlich vernommen. Er sagte aus: Als er die zweite Sitzung eröffnete habe er gewartet, bis die Regierung wieder erschienen war und Platz genommen hatte. Schon daraus gehe hervor, daß er keine Ueberrumpelung der Regierung beabsichtigt habe. Erst nachdem er erklärt habe, daß die Abstimmung eröffnet sei und nachdem Abgeordneter Torgeler zugerufen habe: „Namentlich!" habe er bemerkt, daß der Reichskanzler sich erhoben habe. Der Reichskanzler habe ein Wort gesagt, das er für die Wiederholung des Wortes „namentlich" gehalten habe, das aber wohl amtlich heißen sollte. Dann habe der Staatssekretär Planck dem Präsidenten gesagt, daß der Reichskanzler um das Wort bitte. Er habe diese Wortmeldung angenommen, aber da die Abstimmung bereits im Gange gewesen sei, erst für den Augenblick nach Beendigung der Abstimmung.

Abg. Schreck (Soz.): Haben Sie beobachtet, daß der Reichskanzler mit der roten Mappe ausgerüstet in den Saal trat?

Göring: Ich habe es nicht gesehen, wohl aber glaube ich bemerkt zu haben, daß er, als er sich hinsetzte, mit einer Mappe so nach rechts oben hin winkte. Und da nahm ich an, daß dies die rote Mappe sei.

Es wurde darauf der Direktor des stenographischen Bureaus des Reichstags, Eckermann, vernommen, der erklärte, er habe wohl bemerkt, wie der Reichskanzler die Hand erhoben habe, eine ausdrückliche Meldung mit Worten sei aber vom Reichskanzler nicht zu vernehmen gewesen. Diese Meldung sei erst erfolgt, nachdem die Abstimmung vom Präsidenten bereits eröffnet worden sei. Nach seiner Erinnerung allerdings vor dem Zuruf: „Namentlich!"

Es folgte die

Vorführung der Schallplattenaufnahme von den Vorgängen in der Reichstagssitzung vom 12. September.

Schon die ersten Worte des Präsidenten Göring kündigten die Abstimmung an. Vorsitzender Löbe stellt fest, daß die Schallplattenaufnahme nichts Neues ergeben könne, und bemerkte, man müsse wohl das nächstemal eine Tonfilmaufnahme herstellen.

Es werden darauf mehrere Journalisten als Zeugen aufgerufen.

Der Ausschuß beschloß, sich auf nächsten Dienstag, nachmittags 3 Uhr, zu vertagen und zu dieser Sitzung alle vorgeschlagenen Zeugen einschließlich der Regierungsmitglieder schriftlich zu laden.

Volksbegehren für allgemeine Wehrpflicht!

München, 22. September.

CNB. Der Frontkriegerbund e. V. (Reichsverband, Sitz München) hat, wie die „Münchner Neuesten Nachrichten" melden, beim Reichsminister des Innern Zulassungsantrag zur Durchführung eines Volksbegehrens gestellt, das die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zum Ziele hat. Der Zulassungsantrag ist von dem Bundesführer des Frontkriegerbundes, Hugo Alletter, unterzeichnet.

Ein Nervenleiden zur rechten Zeit

WTB. Rittergutsbesitzer von Perbandt, der wegen Begünstigung der Königsberger Attentäter vom 1. August verhaftet worden war, ist wegen Verschlimmerung seines Nervenleidens aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Von einer Aufrechterhaltung des Haftbefehls ist abgesehen worden, weil ihm lediglich Begünstigung zur Last gelegt wird.

Neue Völkerbunds-Brüskierung durch Japan

WTB. „Associated Press" meldet aus Washington, der zur Vertretung des beurlaubten Botschafters Debuchi dort eingetroffene japanische Geschäftsträger Hirosi Saito soll die Erklärung abgegeben haben, sein Land würde nicht eine Minute zögern, aus dem Völkerbund auszutreten, falls es sich zu diesem Schritt durch den Lytton-Bericht (Bericht der Mandschurei-Kommission des Völkerbundes) veranlaßt sehen sollte. Japan erwarte jedoch, daß der Bericht über seine Tätigkeit in der Mandschurei nicht ungünstig ausfallen würde.

Berliner Sondergerichtsprozeß

Weitere Zeugenaussagen — Entscheidende Wendung?

Der Sondergerichtsprozeß vor der Kammer des Landgerichtsdirektors Tolk wegen des Zusammenstoßes in der Röntgenstraße wird der umfangreichste Sondergerichtsprozeß werden, der bisher die Berliner Gerichte beschäftigt hat. Die große Zahl der Zeugen verursacht eine Ausdehnung der Beweisaufnahme bis etwa Anfang nächster Woche.

Interessant waren die Aussagen des Kriminalbeamten Frowahn, der in seinen Protokollen von Patronenhülsen gesprochen hatte, die in der Röntgenstraße an der Stelle gefunden worden sein sollen, an der die Arbeiter gestanden hatten. Diese Patronenhülsen sind jetzt nicht mehr zu finden, und Frowahn erklärt das in der Verhandlung damit, daß die Hülsen auf dem Tisch seines Büros versehentlich fortgekommen sein müßten. Die Polizeibeamten, die kurz nach dem Vorfall in die Röntgenstraße kamen, haben

keine Patronenhülsen gesehen.

Die interessanteste Aussage macht der Diplomlandwirt Donner, der in dem Eckhause Am Lützow 1, Röntgenstraße, vier Treppen hoch wohnt. Er sei um 10 Uhr abends nach Hause gekommen, und in der Straße sei es unruhig gewesen. Er sei dann in seiner Wohnung auf den Balkon getreten und habe kurz darauf Schüsse fallen hören. Die Schützen hätten auf dem Straßendamm gestanden. Drei von ihnen seien nach dem SA-Lokal Röntgenstraße 12 zurückgelaufen. Die übrigen Leute seien nach der Guerickestraße zurückgelaufen.

Diese Aussage stützt unbedingt die Aussagen der Angeklagten, die behaupten, daß die Nationalsozialisten auf dem Straßendamm standen und geschossen hätten.

Die Apothekergehilfin Dr. Quandt macht

eine die Angeklagten durchaus entlastende Aussage.

Sie wohnt unweit des nationalsozialistischen Lokals im Hause Röntgenstraße 14. Zur Zeit des Zusammenstoßes saß sie an ihrer Schreibmaschine und hörte plötzlich Schüsse. Darauf löschte sie das Licht aus und trat ans Fenster. Sie bekundet, daß die Schüsse unbedingt von Leuten gekommen sein müßten, die auf der Seite ihres Hauses gestanden hätten, also nahe bei dem Nazilokal. Sie hätte die Einschüsse auf der gegenüberliegenden Seite durch Funkensprühen erkennen können.

Bei der weiteren Zeugenvernehmung ereignete sich ein Zwischenfall. Als eine Zeugin, Frau Gericke, in den Saal gerufen wurde, beantragte Rechtsanwalt Kamecke, der Vertreter der nationalsozialistischen Nebenkläger, den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Zeugin sei bereits in den letzten Tagen häufig bedroht worden. Da Kommunisten im Zuhörerraum seien, fürchte sie nach ihrer Aussage neue Belästigungen und Angriffe, durch die zweifellos die öffentliche Sicherheit gefährdet werde. Die Verteidigung widersprach diesem Antrag energisch, da, wie Rechtsanwalt Litten hervorhob, die Zeugenaussagen gerade da in der Oeffentlichkeit notwendig seien, wo die

Gefahr eines „organisierten Massen-Meineides"

bestehe. Als Rechtsanwalt Rosenfeld sich diesen Ausführungen anschloß, rief die Zeugin in den Saal: „Ich kriege Herzkrämpfe und kann überhaupt nicht mehr aussagen, wenn dieser Mann soviel erzählt." Das Gericht zog sich darauf zur Beratung über den Antrag zurück.

Als die Zeugin dann aussagt, ereignet sich ein außerordentlich wichtiger, vielleicht für den Ausgang des Prozesses entscheidender Vorgang. Die Zeugin macht eine für die Angeklagten zunächst außerordentlich belastende Aussage, weil sie mit großer Bestimmtheit behauptet, die Schützen unter den Angeklagten wieder zu erkennen. Einer der Verteidiger stellt ihr mit großem Ernst vor, daß von ihrer Aussage vielleicht Todesurteile abhängen. Sie bleibt trotzdem bei ihrer Behauptung. Dann befragt sie der andere Verteidiger wegen eines anderen Vorfalles, bei dem sie die Verhaftung zweier Männer veranlaßt hatte. Die Zeugin äußert sich wieder mit großer Selbstsicherheit und bezeichnet plötzlich zwei der Angeklagten als die damals Verhafteten. Aber es stellt sich sofort heraus, daß die damals festgenommenen Männer inzwischen, weil sie ihr Alibi nachweisen konnten, längst wieder entlassen und durchaus nicht mit den beiden Angeklagten identisch sind. Trotzdem bleibt die Zeugin weiter bei ihrer Behauptung, bis sie schließlich durch die Verlesung des damals aufgenommenen Polizeiberichtes restlos widerlegt ist.

Mit Recht fordert das „Berliner Tageblatt", daß dieser Zwischenfall der Reichsregierung klarmachen müßte, daß es mit dieser Sonderjustiz so nicht weitergehe.

Bemerkt sei noch, daß der nationalsozialistische „Angriff" in seinem gestrigen Prozeßbericht schrieb:

„Es darf nur ein Urteil geben: Todesstrafe und sofortige Hinrichtung dieses feigen Verbrecherpacks."

Wenn das Gericht auch nur einigermaßen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit entscheidet, so wird das Urteil, nach dem bisherigen Gang der Verhandlung, allerdings ganz anders aussehen müssen.

Tumulte im Landtag

Sitzung viermal unterbrochen — Scharfe Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen und Nazis — Um die Gehorsamspflicht der Beamten

VDZ. **Berlin, 22. September.**

Auch zur heutigen Plenarsitzung des Landtags sind Regierungsvertreter nicht erschienen.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen beschließt das Haus, den auf Verlangen der Nationalsozialisten eingesetzten Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Gewährung von Staatsmitteln als Unterstützungen für Zeitungen der Zentrumspartei, der Staatspartei und der Sozialdemokratischen Partei aus 29 Mitgliedern zu bilden.

Dann wird über die Anträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und des Zentrums beraten, die

zu dem Landtagsbeschluß gegen die Gehorsamspflicht der Beamten

vorgelegt worden sind. Verbunden mit der Aussprache ist der sozialdemokratische Mißbilligungsantrag gegen den Landtagspräsidenten Kerrl wegen seiner Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten.

Zuerst erhält Abg. Steuer (Dtn.) das Wort zur Begründung des Antrages seiner Fraktion, wonach der Landtag seinen Beschluß vom 30. August d. Js. gegen die Gehorsamspflicht der Beamten als gesetzwidrig erklären und aufgeben soll. Als der Redner sich sofort gegen die Nationalsozialisten wendet, entsteht auf der äußersten Rechten lebhafte Unruhe. Ein Teil der Nationalsozialistenverläßt unter anhaltenden lärmenden Kundgebungen den Sitzungssaal, wobei die Kommunisten gleichfalls sich an der Unruhe erheblich beteiligen. Da die wiederholten Mahnungen des Präsidenten Kerrl, den Redner ruhig anzuhören, kein Ergebnis haben,

verläßt der Präsident seinen Platz, womit die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen ist.

Nach wenigen Minuten wird die Sitzung durch den Präsidenten Kerrl wieder eröffnet. Abermals erhält Abg. Steuer (Dtn.) das Wort. Wiederum entstehen sofort bei den Nationalsozialisten und Kommunisten lärmende Kundgebungen, die Präsident Kerrl nicht beschwichtigen kann. Abg. Steuer spricht erregt auf den Präsidenten ein, der mit den Achseln zuckt. Der Präsident ersucht immer wieder um Ruhe, die auch so lange eintritt, wie der Abg. Steuer seine Ausführungen nicht beginnt. Sobald er aber auch nur „Meine Damen und Herren!" sagt, setzen die anhaltenden lärmenden Kundgebungen bei den Nationalsozialisten wiederum ein.

Präsident Kerrl verläßt wiederum seinen Platz, womit die Sitzung zum zweiten Male unterbrochen ist.

Nach kurzer Pause wird die Sitzung wieder eröffnet, und der Präsident erteilt dem Abg. Steuer zum dritten Male das Wort. Im Hause herrscht immer noch große Erregung. Die Nationalsozialisten verlassen jetzt bis auf einige Horchposten den Saal.

Abg. Steuer (dtn.), der jetzt seine Rede beginnen kann, eröffnet seine Ausführungen mit einem nachdrücklichen Protest gegen das Verhalten der Nationalsozialisten. Er erklärt, er müsse feststellen, daß die Nationalsozialisten ihr Schreikonzert begonnen hätten, ehe er auch nur seine sachlichen Ausführungen begonnen habe. Wenn Nationalsozialisten auch nur einige Sicherheit dafür hätten, daß ihre geistigen Argumente von irgend einem Gewicht wären, dann würden sie solche Szenen hier nicht aufführen. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.) Was den Landtagsbeschluß gegen die Gehorsamspflicht der Beamten angehe, so hätten die Nationalsozialisten jetzt einen völligen Umfall vollzogen. Die Deutschnationalen könnten aber weder für den nationalsozialistischen Rückzugsantrag stimmen, noch für den Zentrumsantrag. Nur blinder Parteifanatismus könne die Nationalsozialisten veranlassen, jetzt die Deutschnationalen anzugreifen und zu vergessen, daß noch im letzten Landtag die Deutschnationalen es gewesen seien, die sich schützend vor die vom Kabinett Braun Verfolgten und Unterdrückten stellten.

Dann begründet Abg. Dr. Nicolai (NSDAP) den Antrag seiner Fraktion. Der Redner erklärt, seine Fraktion habe seinerzeit dem kommunistischen Antrag zugestimmt als Warnung an die Regierung, sie solle auf dem Wege der Biegung der Verfassung nicht weiter schreiten, nachdem soeben den Ministerialvertretern verboten worden war, das Landtagsgebäude zu betreten.

Darauf werden die Verhandlungen zur Vornahme von Abstimmungen unterbrochen. Auf Vorschlag des Geschäftsordnungsausschusses wird die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten in fünf Fällen versagt.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Frank II-München empfiehlt der Ausschuß die Aufhebung der Immunität des Abg. Dr. Braun (Soz.), des früheren preußischen Ministerpräsidenten, zur Durchführung einer Privatklage Adolf Hitlers. Dieser Antrag wird jedoch mit 200 gegen 197 Stimmen abgelehnt

Das Haus stimmt dann über zahlreiche

Anträge zu Bergwerksfragen

ab. Angenommen wird ein Antrag des Handelsausschusses, der verlangt, daß der Betrieb der Borsigwerk A.G. in Oberschlesien zugunsten des Landesfiskus enteignet werde; die vom preußischen Staat kontrollierte Oberhütten A.G. soll wegen Uebernahme des Hütten- und Walzwerks der Borsig A.G. mit dieser und der Mitteldeutschen Stahl A.G. erneut Verhandlungen aufnehmen; schließlich sollen die Ansprüche der Pensionäre des Borsigwerks und ihre bisherigen Werkwohnungen gesichert werden.

Ein weiterer angenommener Antrag des Handelsausschusses ersucht um Subventionen des Reiches für einzelne Unternehmungen des Blei- und Zinkbergbaues, und zwar sowohl für Privatunternehmungen wie für solche in Staatseigentum; ferner werden vom Reich Kredite erwartet, um die Stillegung der Hütten- und Erzbergwerke der Stolberger A.G. und der Werke im Harz zu verhindern; schließlich werden von der Reichsregierung Zollmaßnahmen zugunsten der Blei- und Zinkproduktion verlangt.

Angenommen wird weiter ein Antrag des Handelsausschusses, der Maßnahmen verlangt zur Verhinderung der Stillegung des Steinkohlenbergwerks „Dicksche Halde" der Niederrheinischen Bergwerks-A.G.

Hierauf setzt das Haus die unterbrochene

Aussprache über die Gehorsamspflicht der Beamten

fort.

Abg. Bugdahn (Soz.) empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, wonach der Landtag das Verhalten des Landtagspräsidenten Kerrl nicht billigen wolle, weil dieser nicht berechtigt sei, im Namen des Landtags ohne besonderen Auftrag politische Verhandlungen zu führen.

Abg. Könen (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, ihre Zuschauerrolle mache sie zu Schützern der Papen-Diktatur. Die Kommunisten würden die von den Nationalsozialisten erzeugte Stimmung nicht nur ausnutzen, sondern weitertreiben und den Massen zeigen, daß nicht die Salzsteuersoldaten gegen Papen kämpften, sondern nur die Kommunisten. Nur ein politischer Massenstreik, der das Ziel der KPD sei, werde die Papen-Diktatur beseitigen.

Abg. Stendel (DVP) erklärt, daß der am 30. August angenommene Antrag darum so ungeheuerlich gewesen sei, weil hier ein Urteil gefällt wurde, obwohl eine ganz andere Instanz, nämlich der Staatsgerichtshof allein, über Verfassungsfragen zu entscheiden hat.

Abg. Nuschke (Staatspartei) ist der Ansicht, daß Präsident Kerrl seine Präsidentenbefugnisse erheblich überschritten habe.

Als Abg. Steuer (Dtn.) das Wort nimmt, verlassen die meisten Nationalsozialisten wiederum den Sitzungssaal. Nach seinen ersten Worten wird ihm von der äußersten Rechten zugerufen: „Judentungel" (Große Heiterkeit.)

Ein hierauf von den Nationalsozialisten eingebrachter Antrag auf Schluß der Aussprache wird gegen die Nationalsozialisten abgelehnt.

Abg. Nuschke (Staatspartei), mit Gelächter und Rufen der Nationalsozialisten empfangen, bleibt trotz Einschaltung des Lautsprechers fast unverständlich, da bei den Nationalsozialisten laute Unterhaltung einsetzt, die vom Präsidenten Kerrl nicht unterbunden werden kann.

Der Präsident verläßt schließlich seinen Platz und die Sitzung ist damit abermals unterbrochen.

Ein Antrag des Abgeordneten Leinert (Soz.) auf Unterbrechung der Sitzung, damit der Aeltestenrat zu den Vorgängen Stellung nehmen könne, wird von allen Parteien gegen die Nationalsozialisten angenommen.

Nach etwa einstündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder eröffnet. Abg. Nuschke (Staatsp.) erklärt: Ich habe schon betont, daß ich nicht die Absicht hätte, auf das Niveau von Herrn Kube herunterzusteigen.

(Der Präsident entzieht dem Abg. Nuschke das Wort und schließt ihn von der Sitzung aus.)

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, beginnen jetzt die Abstimmungen.

Zunächst wird namentlich abgestimmt über den deutschnationalen Antrag, der die Aufhebung des Landtagsbeschlusses vom 30. August über die Gehorsamapflicht der Beamten gegenüber der kommissarischen Staatsregierung als gesetzwidrig fordert.

Der deutschnationale Antrag wird mit 208 gegen 35 Stimmen bei 45 Stimmenenthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmten außer den Deutschnationalen nur die Deutsche Volkspartei sowie kleinere Gruppen, während das Zentrum sich der Stimme enthält und die Sozialdemokraten sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Gegen den Antrag stimmen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag, wonach der Landtag beschließt: „Soweit die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preußens von der am Ruder befindlichen Regierung gemäß dem von ihr beschworenen Eid geachtet und durchgeführt wird, ist es Pflicht der Beamten und Staatsangestellten Preußens, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu schützen. „Für den Antrag stimmen nur die Nationalsozialisten, gegen ihn u. a. die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, während vom Zentrum Enthaltungskarten abgegeben werden und sich die Sozialdemokraten wiederum an der Abstimmung nicht beteiligen. Der nationalsozialistische Antrag wird mit 156 gegen 86 Stimmen bei 45 Enthaltungen angenommen.

Dann folgt die Abstimmung über den Antrag der Zentrumsfraktion. Der erste Teil dieses Antrages, in welchem davon die Rede ist, daß die Beamten trotz schwerer Gewissenskonflikte infolge des verfassungswidrigen Vorgehens der Reichsregierung ihre Amtspflichten gewissenhaft erfüllt hätten, wird abgelehnt, da für ihn nur das Zentrum und ein Teil der Sozialdemokraten stimmen.

Der zweite Teil des Antrages wird in folgender Fassung angenommen: „Der Landtag spricht den Beamten Dank und Anerkennung aus. Gleichzeitig gibt er der Erwartung Ausdruck, daß die preußischen Beamten auch fernerhin ihre dienstlichen Obliegenheiten getreu der bewährten Berufstradition des preußischen Beamtentums zum Besten von Staat und Volk unparteiisch und gewissenhaft erfüllen werden." Für den Antrag stimmen Nationalsozialisten, Zentrum und Deutsche Volkspartei.

Der sozialdemokratische Mißbilligungsantrag gegen den Präsidenten Kerrl wird dem Verfassungsausschuß übergeben.

Dann vertagt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. der nationalsozialistische Antrag auf Vorverlegung der Gemeindewahlen.

Aus der Partei

Im Bezirk Westfalen-Nord war Vorsitzender der SAP der Genosse Buschfort, der von allem Anfang an die SAP als einen Tummelplatz für seine persönlichen Interessen und Stänkereien betrachtet hat. Monatelang hat sein Tun jede aktive Parteiarbeit im Bezirk gehemmt. Wegen dieser fortgesetzten Treibereien, wegen der sich immer deutlicher bat merkbaren Zersetzungsarbeit Buschforts bei der Parteivorstand auf Vorschlag der von ihm zur Untersuchung beauftragten Genossen Buschfort seiner Funktionen enthoben. Buschfort hat diese Entscheidung mit seinem Austritt aus der Partei beantwortet. Ein Ausschlußverfahren gegen ihn lief; er ist mit seinem Austritt dem Ausschluß zuvorgekommen. In Westfalen-Nord wird das Ausscheiden Buschforts als eine Erlösung empfunden werden; jetzt erst ist dort die Möglichkeit zur intensiven Parteiarbeit gegeben.

Als provisorischer Bezirksleiter für Westfalen-Nord ist bestimmt worden der Genosse Karl Völker, Duisburg-Hamborn, Gehrstraße 17, an den bis auf weiteres alle Zuschriften zu richten sind.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

51) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Ist doch gut, daß wir von Hamburg abgefahren sind . . ." sagt er zu seinem Nebenmann: „Hier ist doch wenigstens noch was los!"

Einen guten Tagesmarsch weiter, 50 Kilometer von Celle entfernt, eingefriedet von tausendjährigen Wällen, liegt die alte Residenzstadt Braunschweig. Vor fünf Tagen war in Braunschweig zu einer großen Versammlung aufgerufen worden. Am Hagenpark, am Löwenwall, an den Straßenecken schrieen von den Mauern herunter Plakate: „Karl Liebknecht spricht!"

Aber Liebknecht war nicht gekommen. Ein bekannter Agitator aus Braunschweig, der frühere Schneidergeselle August Merges, hielt die Rede. Nach der Versammlung wurde ein Umzug durch die Stadt gemacht. Vom Löwenwall herunter bewegte sich der Zug am herzoglichen Schloß vorbei, machte einen Umweg durch die Fallersiebener Straße an den Dragonerkasernen entlang, und dann stauten sich die Massen. Arbeiter, Soldaten, Frauen, mitten in der Stadt auf dem Hagenmarkt. Die Anwohner rissen die Fenster auf, sie rissen auch ihre Augen weit auf. Der Schneider Merges hielt noch eine Schlußansprache und entließ die Versammelten mit den Worten: „Vielleicht schon in den nächsten Tagen wird man euch wieder brauchen!"

Seither warten die Arbeiter Braunschweigs auf das Signal. Der „Volksfreund" und die „Braunschweigischen Anzeigen" brachten noch Nachrichten vom Kriegsschauplatz, von rückwärtsgelegenen Stellungen, die aus taktischen Gründen bezogen wurden. Sie brachten Waffenstillstandsbetrachtungen und einen Erlaß des Kaisers zur Verfassungsänderung, auch einen Aufruf der Regierung an das deutsche Volk, in dem zu Ordnung und Selbstzucht gemahnt, und den Mannschaften des Landheeres und der Flotte, die durch ihre Manneszucht das Vaterland gerettet haben, der gebührende Dank ausgesprochen wird.

Aber jeder wußte: das alles ist nicht wichtig.

Wichtig ist, was die Zeitungen nicht schreiben!

Es laufen Gerüchte durch die Stadt von Unruhen in Kiel: „Die Matrosen auf den Schiffen meutern." „Auf Cuxhaven und Hamburg soll die Bewegung übergesprungen sein." „Wilson verlangt die Auslieferung der Kaiserfamilie."

Das so fest gefügte und geruhsame Braunschweig ist plötzlich von einer heimlichen Unruhe erfüllt. Wo einer schneller als gewöhnlich durch die Straßen geht, werden Fenster aufgemacht. Vor den Haustoren stehen Bürger und tuscheln sich Geheimnisse zu. —

„Ich hab's von dem Sattler Radke gehört. Der war in Bremen auf der Lederversorgungsstelle . . ."

„Also in Bremen auch?"

Eine große Demonstration hat er gesehen, mit einer roten Fahne vorneweg."

„Na ja, die Hafenstädte, aber Braunschweig . . ."

„Das sagen Sie nicht, in der Flieger-Kaserne ist auch nicht mehr alles in Ordnung."

„Das ist wegen dem Prinzen Sigismund, das geht auch nicht, der ist viel zu jung als Kommandeur!"

„Und gestern sind Matrosen angekommen."

„Auch heute mit dem Vormittagszug."

Am Petritorwall habe ich zwei gesehen!"

Einige Frauen unterhalten sich.

„Haben Sie schon gehört, — die Herzogin packt ihre Koffer!"

„Was Sie nicht sagen? Ob das wahr ist?"

„Wo soll das auch noch hinführen; auf die Nährmittelkarte 35 hat's heute wieder nichts gegeben."

„Am Bahnhof soll's Kohlen geben."

„Ach, da steht man bloß, und nachher gibt's nichts."

Ein trüber Novembertag. Die Windstöße, die in die Straßen herunterlecken, bringen eine kalte Fauchtigkeit mit. Es klebt sich naß an die Mauern, die Fensterscheiben beschlagen. Abgefallene Blätter wirbeln aus dem Park. Es riecht faulig und süß.

Es ist der Herbst, aber es ist anders als sonst.

Es ist etwas im Anzug.

Und Braunschweig ist bereit, — die Bürger warten. Die Mitglieder der veralteten Ständevertretung, der Hof und das junge Herzogpaar sehen das Verhängnis herankommen.

Braunschweig, das in seinen Außenbezirken eine schnell aufwachsende Industrie mit einer großen proletarischen Bevölkerung aufweist, hat noch immer eine hauptsächlich agrarisch eingestellte Verfassung, an der weder die Demonstrationen und Forderungen der Arbeiter, noch die Warnungen fortschrittlich denkender Bürgerkreise etwas haben ändern können. Die durch das Reich gehende demokratische Welle ist an Braunschweig nicht vorbeigegangen. Die Arbeiter und Fortschrittler haben auf den Ernst der politischen Lage hingewiesen und auch für Braunschweig ein freiheitliches allgemeines Wahlrecht gefordert. Aber die Landesversammlung hat nicht nachgegeben.

In letzter Stunde hat der Herzog durch einen Erlaß verkündet, daß er:

„. . . durch Fühlungnahme mit den verschiedenen Bevölkerungsschichten die Ueberzeugung gewonnen habe, daß alle Vorschläge zur Umgestaltung des Landtagswahlrechts nicht ausreichten und daß allein das geltende Reichstagswahlrecht möglich sei."

Dabei denkt der Herzog, der erst im Jahre 1913, nach der Beilegung einer alten Fehde mit den Hohenzollern die Regierung angetreten hatte, an die Ereignisse an der Wasserkante, die auch auf sein Land ihre Schatten werfen. Mit Besorgnis hat er die Berichte über die Stimmung in den Kasernen und Arbeiterquartieren seiner Residenz entgegengenommen.

Unter den Soldaten wächst die Kriegsmüdigkeit und die Renitenz gegen die Vorgesetzten. Und die Arbeiter stehen Gewehr bei Fuß. Der Organisator der Unabhängigen, August Merges, hat vor einigen Tagen Waffen in den Fabriken verteilen lassen. Nur das Signal zum Losschlagen, das von Berlin erwartet wird, ist noch nicht da.

Braunschweig ist bereit, — die Soldaten, die Arbeiter, die Bürger, die Mitglieder der Ständevertretung, die Regierung und der Hof warten auf das Signal.

Das Signal sollten fünf Matrosen und eine stadtbekannte Chansonette geben. Die fünf Matrosen sitzen in der Langedammstraße in einem Gasthaus. Vier waren aus Bremen gekommen, einer aus Wilhelmshaven, — der Kochsgast Hermann Rode aus der Wilhelmshavener Arrestanstalt.

Der Wirt stellt eine neue Lage Bier auf den Tisch.

„Das schmeckt wie Pissel" bemerkte Rode.

„Worauf die im Roten Schloß bloß warten?"

„Die sind immer noch nicht so weit!"

Das „Rote Schloß" liegt ein Stück weiter, in derselben Straße. Es ist das Haus, in dem der sozialdemokratische „Volksfreund" gedruckt wird, und in dem Merges und die Unabhängigen eine permanente Sitzung abhalten.

„Der bucklige Merges, eine große Fresse hat er ja! Aber warum marschiert er nicht endlich los mit seinen Usepepetern?"

„Das ist ja schon zum Kotzen!"

„Sollen wir noch einen Skat ansetzen?"

„Geh lieber noch mal rüber, nachsehen, was die machen!"

Einer der Matrosen setzt sich die Mütze auf und geht. Die übrigen bleiben gelangweilt zurück

(Fortsetzung folgt.)

Warum Arbeiterkontrolle der Produktion?

I. R. Die SPD- und ADGB-Instanzen und auch die christlichen Gewerkschaftsführer erklären heute, entgegen ihren bisherigen Aeußerungen und Auffassungen, daß der Kapitalismus reif ist, noch in unseren Tagen beseitigt zu werden. SPD und ADGB lehnen aber nach wie vor den revolutionären Weg zum Sozialismus, den sie als Aufgabe und Ziel stellen, ab und geben sich, falls man ihnen die Ehrlichkeit ihrer Propaganda nicht absprechen will, der Illusion hin, daß der Weg über den Staatskapitalismus und speziell über eine Kontrolle der zunächst noch kapitalistisch bleibenden Wirtschaft durch den Staat geht. Sie vergessen dabei nur die „Kleinigkeit", daß der Staat ohne Revolution und ohne eine von ihm durchgeführte Enteignung der Kapitalisten immer ein Staat bleibt, der die Ausbeuter schützt und die Ausgebeuteten unterdrückt. Daher kann der Weg, den die SPD- und ADGB-Instanzen den Arbeitern zeigen, niemals zum Sozialismus führen.

Gerade heute, wo von reformistischer Seite den Arbeitern die Staatskontrolle schmackhaft zu machen versucht wird, und wo die wirtschaftlichen Ereignisse jedes Tages die krassesten Widersprüche zwischen den kapitalistischen Privatinteressen und den Bedürfnissen der breiten Massen und darüber hinaus auch zwischen den einzelnen kapitalistischen Interessentengruppen und zwischen ihnen und dem Gesamtkapitalismus bloßlegen, erweist sich deshalb die Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion als notwendig.

In dem Aktionsprogramm der SAP heißt es:

„Während Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgemeinschaft die Erhaltung und Festigung des kapitalistischen Staates bezwecken, führt der Kampf um die Kontrolle der Produktion zwangsläufig zum Kampf um die politische Macht. Die Produktionskontrolle wird sich vollziehen, indem die Organe der arbeitenden Klassen die Leitung der Wirtschaft, sowohl der Produktion wie der Verteilung, den Händen der Kapitalisten entreißen und sich zum Teil staatliche Funktionen aneignen. Zur Durchführung dieser Aufgaben sind Betriebsräte und Gewerkschaften und solche Organe der Arbeiterklasse, der Kleinbauernschaft u. a. berufen, die aus den Bedürfnissen des Kampfes selbst erwachsen. Jede ihrer Maßregeln wird zu neuen Schritten zwingen. Die Gesamtaktion wird nur vorwärtsschreiten mit der Schwächung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und mit dem Wachstum der Kraft der Arbeiterklasse in dem Maße, wie der Kampf um die politische Macht Fortschritte macht, mit dem der Kampf um die Produktionskontrolle zusammengeht, von dem er ein Teil ist. Wenn der politische Kampf stockt und zurückgeht, werden die im Kampf um die Kontrolle der Produktion errungenen Positionen nicht zu halten sein. Die vollkommene Kontrolle, d. h. die Leitung der Produktion, die Beherrschung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse wird erst verwirklicht nach der Eroberung der Macht."

Hier ist klar die Wechselwirkung von wirtschaftlichen und politischen Forderungen und Kämpfen aufgezeigt, die in der heutigen Zeit notwendig beachtet werden muß, wenn auch zunächst nur die rein wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse zum Erfolg führen sollen. Nur eine mechanische, undialektische Auffassung wird dieser Wechselwirkung und damit auch der Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion mit Unverständnis entgegentreten. Das kann uns jedoch nur darin bestärken, unsere Propaganda für diese Losung um so nachdrücklicher zu betreiben.

Sie bildet das Zwischenglied, das von den heutigen Verhältnissen weg wirklich zur Aufrollung des wirtschaftlichen und politischen Machtkampfes überleitet, in dem die Arbeiterschaft zugleich die angreifende und nicht, wie heute noch, eine rein duldende Rolle spielt. Es ist der Grundfehler der reformistischen Politik, daß sie den revolutionären Weg ablehnt. Damit lähmt und vereitelt sie — manchmal von Anfang an, manchmal mitten in der Aktion — den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Damit kommt sie, selbst wenn man den guten Willen unterstellt, niemals zum Sozialismus. Denn der Kapitalismus kann wohl die ganze Menschheit in immer größere Katastrophen führen, aber von selbst, ohne revolutionäres Eingreifen der Arbeiterklasse, danken die Kapitalisten als Klasse niemals ab.

Andererseits genügt es nicht, immer und immer wieder den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus zu propagieren, sondern die Arbeitermassen und erst recht die übrigen ausgebeuteten Schichten können nur in Bewegung gesetzt werden in Kämpfen, die von den gegebenen Verhältnissen unmittelbar den nächsten Schritt auf dem Wege der Generalauseinandersetzung mit dem Kapitalismus tun. Damit dieser Schritt überhaupt und kraftvoll getan wird, muß die Mobilisierungsparole selbst diesen Geist und Willen atmen. Das ist der entscheidende Unterschied, wenn z. B. sowohl von reformistischer wie von revolutionärer Seite heute gesagt wird „Kampf gegen jeden Lohnabbau", oder wenn beide Seiten Arbeitsbeschaffung fordern. Die diesen Losungen angegliederte Losung der Produktionskontrolle nur durch die Arbeiter selbst (Betriebsräte und Gewerkschaften) weist darauf hin, daß die kapitalistischen Produktionsinteressen sich im Widerspruch zu diesen Forderungen befinden und daß, um auch nur diese unmittelbaren Forderungen durchzusetzen, die Arbeiterschaft sich zum Kampf um die Herrschaft über die Produktionsmittel rüsten muß. Die Leitung der Produktion ist das Ziel, die Kontrolle zeigt den Weg: Ringt darum, daß ihr erfahrt, wieviel Aufträge vorliegen, welcher Lagerbestand vorhanden ist, wo das Kapital angelegt worden ist, welche Rolle die anderen „Unkosten"-Faktoren neben den Löhnen spielen, usw. usw. Greift ein und erklärt, daß ihr solche Zustände nicht länger duldet!

Freilich verweigert der Kapitalist den Arbeitern solche Kontrolle, und freilich wissen die Betriebsräte auch noch nicht sehr viel, wenn sie die Geschäftsbücher einmal in die Hand bekämen. Aber indem die Arbeiterschaft sich diese Aufgabe stellt, stellt sie sich die Aufgabe, dennoch durch das Dickicht durchzudringen, selber einzugreifen, den Kapitalisten die Leitung aus der Hand zu nehmen und alle Fragen nur vom Standpunkt der Arbeiterinteressen zu lösen. Der Kampf entbrennt an ganz konkreten Betriebsfragen. Da der Unternehmer ganz sicher den ganzen Staatsapparat zu seinem Schutze in Bewegung setzen wird, so muß in seinem weiteren Verlauf dieser Kampf auch von seiten der Arbeiter mit politischen Aktionen verbunden werden. Sie werden zu ihrem eigenen Schutze politische Arbeiterräte schaffen müssen, sie werden für eine Regierung kämpfen, die sich die Arbeiterforderungen zu eigen macht (die Arbeiterregierung, wie sie ebenfalls in unserem Aktionsprogramm umrissen ist) u. a. m. Im Verlauf der russischen Revolution, speziell in der Zeit zwischen Februar und Oktober 1917, ist dieser Prozeß in der Praxis vor sich gegangen. Wenn in Deutschland auch manches anders verlaufen wird wie in Rußland, so wird das Wesentliche dieser Uebergangsperiode doch wohl überall dasselbe sein.

Nun war allerdings die Zeit vom Februar bis Oktober 1917 in Rußland eine ganz andere als die jetzige in Deutschland. Es war eine unmittelbar revolutionäre Situation. Hier in Deutschland sind zwar die objektiven Faktoren einer revolutionären Situation (die Lage des Kapitalismus) auch gegeben, aber der subjektive Faktor, die Arbeiterklasse selbst, versagt. Wir machen aber ja auch den Unterschied, daß wir die Losung heute nicht als Tageslosung, wie sie es 1917 in Rußland war, sondern zunächst nur, in Verbindung mit anderen Tagesparolen (Löhne, Arbeitsbeschaffung usw.), als Propaganda- und Uebergangslosung aufstellen, eben um jenen von vornherein die notwendige Richtung zu geben. Sie umreißt den weiteren Verlauf des Kampfes und schließt die Lücke, die zwischen den Tagesaufgaben und dem Endziel des Sozialismus besteht.

Die Umbauprogramm-Forderungen der Reformisten sind zum großen Teil Spintisiereien, die zudem auch deshalb nur auf dem Papier stehen, weil auch für sie niemals die parlamentarische Mehrheit zustande kommt, durch die sie praktisch durchgeführt werden sollen. Die Arbeiterkontrolle der Produktion aber appelliert an die Aktivität und Aktion der Massen selbst und ist voller Leben, weil sie in unmittelbarer Verknüpfung mit den, jedem Arbeiter faßbaren Tagesaufgaben und zugleich mit der Zielsetzung des Sozialismus steht. Sie muß von der revolutionären Arbeiterschaft deshalb viel mehr aufgegriffen und in der Agitation in den Vordergrund gerückt werden, als das zur Zeit noch der Fall ist.

Vier Monate „Drittes Reich" in Anhalt

Seit die Wahl vom 24. April den Nazis und ihrem rechtsbürgerlichen Troß im Anhalter Landtag die Mehrheit gegeben hat, erlebt Anhalt „Drittes Reich" auf Vorschuß. Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht der aus Preußen ausgeborgte nationalsozialistische Ministerpräsident und sein „eingeborener" deutschnationaler Ministerkollege daran gehen, die letzten Erinnerungen an ein fast vierzehn Jahre altes, sozialdemokratisch-demokratisches „Systemregiment" auszutilgen oder mit großen Aufrufen und Reden die Luft zu erschüttern.

Da ihnen auf dem Gebiet der großen Politik kaum Gelegenheit zu großen Taten gegeben ist und ihnen in Wirtschaftsfragen scheinbar absolut nichts Neues einfällt, toben sie sich vorläufig in der Kultur- und Personalpolitik aus. Auf letzterem Gebiet blieb ihnen nicht allzuviel zu tun. Die unter SPD-Führung stehende frühere Regierung hatte sich im Wahlkampf geradezu gerühmt, daß die große Mehrheit ihrer leitenden (natürlich erst recht der unteren) Beamten „rechts" eingestellt sei. Die wenigen republikanischen Ministerialräte, Kreisdirektoren, Stadträte usw. wurden sehr, sehr schnell hinausgesetzt oder auf undankbare Posten abgeschoben. Einige „demokratische" Größen verstanden es rechtzeitig, auf den Boden der gegebenen Tatsachen hinüberzuwechseln. Nachdem so unter den Beamten aufgeräumt war, sah man sich nach neuen Heldentaten um. Zunächst mußte das Bauhaus daran glauben, das von jeher Anhalts Spießern verhaßt war. Die „gemeinen" Nazis nannten es „Judenkaschemme", während der Herr Pg. Ministerpräsident nur vom „bolschewistischen Rummelplatz" sprach. Im entscheidenden Moment ließen auch die Sozialdemokraten ihre „Kathedrale des Sozialismus" im Stich, da sie die Verantwortung allein ohne Bürgerliche nicht tragen wollten. Durch diesen Dolchstoß wurde es auch dem Dessauer Oberbürgermeister unmöglich gemacht, die Schüler dieses weltbekannt gewordenen Instituts durch langsame Abwicklung vor Schaden zu bewahren. Mit knapper Not entging das Bauhaus dem Schicksal, dem Erdboden gleich gemacht zu werden.

Dann wurde zum Sturm gegen die Freidenker geblasen, der Kirchenaustritt schikanös erschwert, freidenkende Lehrer verfolgt, die Elternbeiräte durch ein neues Wahlgesetz zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Zum Abschluß des Feldzuges gegen den Kulturbolschewismus wurde das Landestheater „entpolitisiert" auf christlich-nationaler Grundlage.

Nachdem so der kulturelle Tatendrang fürs erste gestillt war, ging es, mangels einer irgendwie bedeutenden KPD, gegen die „Eiserne Front" los, insbesondere gegen deren Führer, den Reichstagsabgeordneten Seger, der sich durch pazifistische Aeußerungen allen Reaktionären verhaßt gemacht hatte. Dieser wurde als Pressevertreter aus dem Landtag gewiesen, weil er die stärkste Fraktion (die Nazis) und die deutsche Wehrmacht verleumdet habe. Unter gleichem Vorwand wurden alle Wahlversammlungen, in denen Seger als Redner oder Versammlungsleiter angekündigt war, verboten. Da man allmählich Spaß am Verbieten fand, fielen bald alle Wahlversammlungen der Linken dem neuesten Regierungssport zum Opfer. In einer staatsparteilichen Versammlung, die man sich zu verbieten gescheut hatte, wurde der Referent, das M. d. R. Lemmer, durch faule Eier der „aufbauwilligen Kräfte" verjagt. Die Hetze endete schließlich damit, daß ein Reichsbannerführer dem Naziterror zum Opfer fiel. Seine Beerdigung wurde zu einer gewaltigen Einheitsfrontdemonstration gegen Naziregierung und Naziterror. Alle größeren Betriebe legten die Arbeit nieder, das gesamte Proletariat Dessaus, Gewerkschaften, SPD, Reichsbanner, SAP, KPD mit Nebenorganisationen marschierten seit vielen Jahren zum erstenmal gemeinsam. Die Antwort der Reaktion war das Verbot der gesamten sozialdemokratischen Presse des Landes und ein Strafverfahren wegen Beleidigung des Ministers und der Polizei gegen den Abg. Seger. Die Mörder des Reichsbannerführers sind aber bis heute nicht ermittelt worden. Seger, der der Polizei Einseitigkeit vorgeworfen hatte, darf sich dafür die freieste Republik der Welt 4 Monate hinter Gitterstäben ansehen. Trotz all dieser Schikanen mitten im Wahlkampf, trotz der unerhörtesten Behinderung der Propaganda der Arbeiterparteien, konnten SPD und KPD je 4000 Stimmen gegenüber den Landtagswahlen im April gewinnen. Wäre gleichzeitig zum Landtag gewählt worden, so hätte die Regierung keine Mehrheit mehr. 18 Mandaten der Regierungsparteien ständen 18 der Opposition gegenüber.

Und die sonstigen Taten des neuen Systems? Zerbrochene Fensterscheiben, verbrannte Fahnen, Naziparaden trotz Verbot, Schulerlasse, „die Jugend im Geiste der Wehrhaftigkeit und des Hasses gegen den Versailler Friedensvertrag zu erziehen", Verbote der Verfassungsfeiern und der Beflaggung mit schwarz-rot-goldenen Fahnen! Aber der längst fällige Etat ist immer noch nicht fertig gestellt. Einige der größten Betriebe des Landes haben mit Zustimmung der regierenden Nazis, die die von den Sozialdemokraten geforderte Verstaatlichung (auf einmal? Sie hätten es vierzehn Jahre lang gekonnt!) ablehnten, geschlossen.

Man soll aber nicht sagen, daß gar nichts gegen die Krise getan würde. Der eifrigst geförderte freiwillige Arbeitsdienst erfaßt jetzt seit kurzem 500 Mann in drei Städten. Diese Abteilungen, deren Zwecken sogar ein Jugendheim zum Opfer fiel, haben sich schon in kurzer Zeit als SA-Truppen bewährt. Aus den Groschen der Arbeiter wird hier eine zur Niederknüppelung des klassenbewußten Proletariats und zum Streikbruch erzogene, äußerst provokatorisch auftretende, uniformierte „Stamm- und Lehrabteilung" großgezogen.

Erst gestern gab die Regierung den Kommunen den Rat, sofort von der Bürgersteuer Gebrauch zu machen. Wo blieb der Kampf der Nazis gegen diese „Negersteuer"? Ach, sie haben sich herrlich ins System eingefügt! Und die Arbeiterschaft? Die unter völlig linientreuer und ebenso unfähiger Führung stehende kleine KPD ist einflußlos. Die SPD bekämpft zwar in ihrer Presse die Regierung ziemlich „radikal", beschränkt sich aber sonst auf die einst so verfemten Entlarvungsanträge, die kein Mensch mehr ernst nimmt und auf Appelle an die Gerichte, womit sie in einem (man höre und staune!) Falle sogar Glück hatte. Erst wenn sich in der außerparlamentarischen Aktion die Fronten des sich von seinen unfähigen Parteiführungen befreienden Proletariats neu formieren werden, wird es mit dem Elend und dem reaktionären Faschistenspuk eines wildgewordenen Kleinbürgertums in Anhalt wie in der Welt zu Ende sein. —bs.

Angestellte zum Kampf entschlossen

Im Berliner Speditionsgewerbe

Die Angestellten des Berliner Speditionsgewerbes haben die Forderung der Unternehmer nach einem Gehaltsabbau bis zu 30 Prozent entschieden abgelehnt. Die weitere Entwicklung des Konfliktes wird von dem Ausgang der Verhandlungen abhängen, die zur Zeit im Gange sind.

In ihrer Versammlung brachten die Angestellten zum Ausdruck, daß sie einen weiteren Lohnabbau keineswegs kampflos hinnehmen werden.

Nazi-Jugend-Betriebszellen

München, 22. September.

CNB. Zur besonderen Erfassung der Jungarbeiterschaft in den Betrieben werden laut einer in der nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz abgedruckten Verordnung ab sofort „Nationalsozialistische Jugend-Betriebszellen" ins Leben gerufen. Diese bilden eine selbständige Organisation mit einer eigenen Hauptleitung und unterstehen dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach. Dieser ernannte zum verantwortlichen Hauptleiter den Abteilungsleiter in der Jugendführung Heinz Otto.

Nachdem die NSDAP bisher mit ihren Betriebszellen bei den erwachsenen Arbeitern nicht allzuviel Glück hatte, versucht sie es nun mit der Betriebsjugend. Es ist kein Zweifel, daß hier die Gefahr für die sozialistische Arbeiterbewegung sehr groß ist, weil die Jugend erfahrungsgemäß der Nazidemagogie leichter erliegt. Darum muß diese Meldung bei allen sozialistischen Arbeitern und Jugendorganisationen erhöhte Alarmbereitschaft zur gemeinsamen Abwehr der Nazigefahr auslösen.

Diktator Urich

In einer Funktionärkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die in den Germania-Festsälen tagte, nahm der Bevollmächtigte Max Urich in einem Referat Stellung zur letzten Notverordnung. Besonders wies er auf den Beschluß des erweiterten Beirats der DMV hin, daß in allen Fällen, wo auf Grund der Notverordnung ein Lohnabbau durchgeführt werden soll, in den Streik zu treten ist, sofern die organisatorischen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

In der Diskussion kam es zu einem Zwischenfall, der für die Einstellung der Gewerkschaftsbürokratie bezeichnend ist. Als Redner der Opposition hatte Becker (KPO) den Standpunkt vertreten, daß eine Abwehr des Lohnraubes von Fall zu Fall nicht mehr ausreiche, sondern der Kampf jetzt auf breitester Grundlage aufgenommen und der politische Massenstreik durchgeführt werden müsse. Ein Antrag, den Becker eingebracht hatte, forderte die Ortsverwaltung auf, zum politischen Massenstreik aufzurufen. Dagegen wandte sich Urich in seinem Schlußwort. Er demonstrierte aufs vortrefflichste, wie es im DMV um die Meinungsfreiheit der Mitglieder bestellt ist, indem er erklärte, **daß in einer Versammlung, in der „Er" anwesend sei (!), über einen derartigen Antrag nicht abgestimmt würde.** Dann ließ er den Antrag in seiner Tasche verschwinden.

Immer wieder muß dagegen protestiert werden, daß die Einladungen zu den Veranstaltungen des DMV nur durch den „Vorwärts" erfolgen. Dadurch bleibt ein Teil der Mitglieder und Funktionäre stets ununterrichtet. Schließlich gibt es im DMV ja nicht nur brave SPD-Anhänger.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. 1 Treppe Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3 1 Treppe Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weiboel 3422
Sonnabend, 24. Sept.
8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Sonnabend, 24. Sept.
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
6.15 Uhr
Frühstückgelurt

HAUS VATERLAND
KURFÜRST 7460
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

„In Berlin regieren wieder die Mächte von 1914“

Deutschland in glänzender Isolierung

Die bürgerliche Presse, fast ohne Ausnahme, fährt fort, die deutsche Bevölkerung über die wahre Meinung der Oeffentlichkeit außerhalb Deutschlands bewußt zu täuschen. Wir veröffentlichen daher heute einige Pressestimmen, die anschaulich zeigen, daß sich Deutschland, dank der Politik der Regierung Papen-Schleicher, bereits wieder in jener „glänzenden Isolierung“ befindet, die für die Jahre vor 1914 kennzeichnend war.

Die „Times“ schreibt:

„Die Aufnahme der englischen Note in Deutschland ist geteilt. Aber allgemein herrscht Erstaunen über eine so scharfe Kritik an der deutschen Unklugheit, und eine so generelle Zurückweisung der juristischen Argumente wurde nirgends erwartet... Die Enttäuschung eines großen Teils der öffentlichen Meinung in Deutschland über die englische Haltung ist nur zu vergleichen mit dem Erstaunen über die englische Kriegserklärung im Jahre 1914. Die deutsche öffentliche Meinung ist immer über die wirkliche Stimmung im Ausland getäuscht worden durch die Gewohnheit, nur das zu hören, was sie hören will. Der gestrige Leitartikel der Times, der an ein oder zwei Punkten des englischen Memorandums Kritik übte, ist in Deutschland unter der Ueberschrift „Unzufriedenheit der englischen Presse mit ihrer Regierung“ wiedergegeben worden. Die deutsche Presse erweckt die Fiktion, daß sich ein „plötzlicher Wandel“ in der englischen Politik vollzogen habe, und daß die englische Note in „striktem Gegensatz zu der öffentlichen Meinung in England stehe.“

„Le Journal“ schreibt:

„Schlechte Laune hin — schlechte Laune her, die Deutschen müssen erkennen, daß England sich dem französischen Standpunkt weitgehend angenähert hat, und daß Herriot einen großen diplomatischen Sieg errungen hat... Im übrigen sind wir überzeugt, daß die deutsche Regierung es sich sehr reiflich überlegen wird, ehe sie Entscheidungen trifft, die eine gemeinsame Intervention Englands und Frankreichs zur Folge haben würden. Der deutsche Außenminister weiß sehr gut, daß die Freundschaft Mussolinis allein nicht ausreicht, um der deutschen These zum Sieg zu verhelfen. Er wird mit Herriot, Paul-Boncour, Mac Donald und Sir John Simon Verhandlungen aufnehmen müssen, die keinen anderen Erfolg haben können, als vom Völkerbund diejenigen Entscheidungen entgegenzunehmen, die er von der Abrüstungskonferenz zu verschmähen vorgibt. Die deutsche Politik, die Umwege liebt, sucht Spitzfindigkeiten, die der gesunde Menschenverstand oft nicht versteht.“

Ueber die deutsche Weigerung, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, schreibt das Blatt:

„Eine so gefährliche Hartnäckigkeit, die nur das Mißtrauen der öffentlichen Meinung der ganzen Welt steigern kann, muß sehr ernste Gründe haben. Das offizielle Kommuniqué der Wilhelmstraße gibt den Schlüssel zur Lösung des Geheimnisses. Deutschland, so sagt es sinngemäß, hat die Verletzung der Verträge, die ihm zur Last gelegt wird, nicht begangen. Also kann es sich nicht auf die Forderungen einlassen, die als Feststellungsrecht bezeichnet werden. Da ist also das Eingeständnis. Deutschland, das genau weiß, daß die Abrüstungskonferenz die Geheimakten öffnen müßte, daß die Verletzungen der Verträge, deren es sich schuldig gemacht hat, klar erwiesen würden, scheut das Licht. Deshalb will es lieber die Abrüstungskonferenz torpedieren, weil es hofft, daß so die Wahrheit verborgen bleibt, und weil es glaubt, daß dieser Schachzug seiner Aufrüstungspolitik nützlich sein wird. Ein schöner Anschauungsunterricht für diejenigen, die glauben, daß es leicht sein wird, das Reich in den Schoß von Herrn Henderson zurückzuführen.“

Das Linksblatt „L'Oeuvre“ schreibt über die englische Note: „Eine Überraschung? Höchstens für diejenigen, die sich seit Tagen bemühen, uns einzureden, daß das Foreign Office (das englische Außenministerium) sich mit dem Kabinett der Barone verbündet hat und entschlossen ist, uns mit unserer Interpretation des Versailler Vertrages allein zu lassen. Aber nach all dem sucht man, wenn die englischen Worte einen Sinn haben, vergeblich. Die Hauptsache ist — für London ebenso wie für Paris —, den Erfolg der Genfer Konferenz zu sichern. Die englische Note ist eine diplomatische und entschlossene Zusammenfassung des juristischen Tatbestandes, die klare und einfache Vertagung der weiteren Verhandlungen auf Genf. Und das kann nur dazu angetan sein, Herrn von Papen davon zu überzeugen, daß seine Methode nicht die richtige ist. Wenn man die englische Note mit den Erklärungen vergleicht, die Herriot im Ausschuß des Parlaments abgegeben hat, so hat man wirklich Mühe, die berühmten „Spannungen“, die von verschiedenen Seiten angekündigt werden, zu finden.“

Im „Populaire“, dem Blatt der französischen Sozialdemokratie, schreibt O. Rosenfeld:

„Es besteht also vollkommene Uebereinstimmung zwischen den Regierungen in Paris und London. England — Deutschland gegenüber freier — wendet eine direktere und deutlichere Sprache an als Frankreich in seiner Note vom 11. September. Es erteilt der Regierung der Barone eine sehr nützliche Lektion. Sie zerschneidet mit einem Strich die von der deutschen Diplomatie genährten Hoffnungen, Differenzen zwischen England und Frankreich ausnutzen zu können. Was aber das zu erreichende Ziel betrifft, so ist die englische Note weniger präzis als die vom Quai d'Orsay. Herriot hat von einer allgemeinen Abrüstung gesprochen. Sir John Simon spielt nur auf Rüstungsbeschränkungen an.... Um allen Regierungen — auch den faschistischen Diktaturen — eine allgemeine Abrüstungskonvention unter internationaler Kontrolle auferlegen zu können, ist die Aktion der Massen erforderlich. Wir müssen hier noch einmal wiederholen, was wir zu der französischen Note gesagt haben: es ist zu spät, um nur zu protestieren und seine guten Absichten zu betonen. Man muß praktische Vorschläge machen und handeln. Die erste Aktion, die zu geschehen hat, ist die Annahme des Hooverplans.“

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ lesen wir:

„Die Antwort Großbritanniens auf die deutsche Forderung der militärischen Gleichberechtigung erweckt an der Wilhelmstraße Empfindungen, die mit dem Worte „Enttäuschung“ kaum hinreichend charakterisiert sind. Eher dürfte man schon von Bestürzung sprechen; man glaubte deutscherseits, vor allem auf Grund gewisser Londoner Pressestimmen, mit einem ziemlich weitgehenden Verständnis der britischen Regierung für den Standpunkt Deutschlands rechnen zu können, und sieht sich durch die Note des Foreign Office brutal aus allen Illusionen gerissen. In den Kommentaren der Presse wird die britische Antwort noch ungünstiger beurteilt als die Antwort Herriots, für den sie zugegebenermaßen einen vollständigen Triumph bedeutet; denn seit Locarno hat man in Deutschland nicht mehr solche Töne aus London vernommen.“

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ schreibt zur Lage in Deutschland:

„Kein Tag ohne neue Drohung, scheint der Leitspruch der deutschen Barone in der Außenpolitik zu sein. Jüngst die Rüstungsforderungen an die Mächte, dann die Drohrede Schleichers in Ostpreußen, dann der Erlaß über die Militarisierung der Jugend — jetzt, als neuester Schritt, die offizielle Absage an die Abrüstungskonferenz und zugleich die Mitteilung des Beschlusses, mit dem Bau eines neuen Panzerkreuzers zu beginnen. Die Patrioten triumphieren: endlich wieder die gepanzerte Faust auf dem internationalen Verhandlungstisch, endlich wieder ein frischer Zug — zum Massengrab. Die Kanonenkapitalisten reiben sich die Hände: Ankurbelung der Wirtschaft durch Aufträge für die Mordindustrie! Der berühmte „Silberstreifen“ am wirtschaftlichen Horizont schimmert rötlich wie von künftig vergossenem Blut und ringsherum riecht es reizvoll nach Giftgas.... Europa ist auf dem besten Wege zum Wettrüsten, zur Wiederholung von 1914. In Berlin regieren wieder die Mächte von 1914; die alten Gewalten, die alten Methoden bedeuten: kein Tag ohne neue Kanonen. Das Spiel mit dem Feuer hat begonnen — sollen bald wieder die Flammen aufschlagen?“

Der SJV als Vortrupp der proletarischen Jugend

Vorgestern fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung des SJV, Ortsgruppe Breslau, statt. In dieser Versammlung wurden eine Reihe höchst wichtiger organisatorischer Fragen besprochen und Neubeschlüsse gefaßt, die Aktivität, Durchschlags- und Werbekraft der hiesigen Ortsgruppe des SJV gewährleisten sollen und werden.

Politisch wurde einmütig (d. h. einstimmig!) eine Willensentschließung gefaßt, die für die kommende Arbeit maßgebend sein wird:

„Die politische Situation hat sich nach Wahl und Reichstagsauflösung grundlegend geändert. Die Regierung Papen, gedacht als Uebergangskabinett zur Hitler-Diktatur, hat sich gefestigt. Sie soll, gestützt auf Bürokratie und bewaffnete Staatsmacht, die größte Krise aller Zeiten auf kapitalistischem Wege lösen. Der kapitalistische Ausweg aus der Krise, wie er von Papen beschritten wird, besteht nicht so sehr in der direkten Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, in faschistischem Mord und Straßenterror als vielmehr in der vollständigen Ausplünderung der breiten Volksmassen.

Der klugen und machtvollen Politik der im Grunde gleichfalls uneinigen Bourgeoisie steht die Arbeiterbewegung ausgeschaltet und machtlos gegenüber. Am 20. Juli haben sich die Fehler der Ultra-Linken mindestens ebenso bitter gerächt, wie die 12jährige Politik der Reformisten zusammengebrochen ist. Beide großen Lager aber setzen ihre bisherige verderbliche Politik fort, indem sie auf ihre Wahlerfolge hinweisen.

Im reformistischen Lager ist durch den Wahlkampf und die letzten Niederlagen eine gewisse Gärung entstanden. Gleichzeitig drohen der arbeitenden Jugend Militarisierung, Kasernierung und Arbeitsdienst, Wahlrechtsraub und Zwangsarbeit.

Die veränderte politische Situation versetzt den SJV in eine neue Lage und stellt ihm neue Aufgaben. Diese neuen Aufgaben kann und muß der SJV mit neuen Mitteln lösen.

An die Stelle der bloßen Reden über die Erfassung der Massenorganisationen muß die tatsächliche organisierte Arbeit in Gewerkschafts-, Sport- und Freidenkerorganisation treten. Darüber hinaus muß unter strengster Wahrung der Grundsätze des SJV die Einheitsfrontbewegung auf alten und neuen Wegen vorwärtsgetrieben werden. Aus den tagespolitischen Fragen heraus muß der SJV zum Wortführer und Vorkämpfer der Wünsche und Interessen der unorganisierten wie organisierten, der reformistischen wie revolutionären proletarischen Jugend werden.

Die Durchführung dieser Aktionen ist ebenso notwendig zur Belebung der gesamten Organisationsarbeit wie zur Schulung aller Mitglieder, denn keine Schulung ohne Aktion, wie es keine Aktion ohne Schulung geben kann. Beides bildet eine unzertrennliche Einheit. Auf diesem Wege wird der SJV zum Vortrupp der gesamten proletarischen Jugend werden.“

Buchdruckerverband für Arbeiterblock!

Eine Buchdrucker-Wandererversammlung in Mylau im Vogtlande nahm im Anschluß an ein Referat des Kollegen Ludwig Hacke-Plauen folgende aus der Mitte der Versammlung eingereichte Entschließung einstimmig an:

„Die am 17. September tagende Wanderversammlung fordert vom Verbandsvorstand die Anwendung der schärfsten Kampfmittel gegen die drohende Vernichtung des Tarifrechts und der Sozialgesetzgebung! — Nur die Schaffung eines Kampfblocks sämtlicher Arbeiterorganisationen kann die deutsche Arbeiterklasse vor dem Untergang in die Barbarei retten! — Die Versammlung fordert deshalb den Verbandsvorstand auf, ehe es zu spät ist, sofort an den ADGB, an die SPD, KPD und SAP heranzutreten, um diese genannten Arbeiterorganisationen zur proletarischen Einheitsfront zusammenzuschmieden. — Der faschistische Terror, die zu Unrecht erfolgten, nur gegen die Arbeiterklasse gerichteten Schandurteile, wie überhaupt die gesamte kapitalistische Gesellschaftsunordnung, bedrohen alle klassenbewußten Arbeiter-Organisationen ohne Unterschied der Partei!“

Verpfuschte Revolution

Der „Vorwärts“ glossiert sich selbst

... Auf weiten Strecken gleicht Valentins Schilderung dem Spiegel, aus dem uns die Versäumnisse der deutschen Demokratie seit November 1918 ansehen. Oft läuft es uns beim Lesen kalt über den Rücken: Nostra causa agitur! Um unsere ureigenste Sache geht es hier! Eine Erkenntnis wie diese: „Die Macht ist vor allem untreu. Sie will täglich neu gewonnen und betätigt werden. Nur der Gebrauch erhält sie blank und geschliffen. Sie dient nur dem, der sie mit der festen Hand ergreift. Wehe dem, der sie besitzt und nicht gebraucht! Sie wendet sich gegen ihn.“

... Wir brauchen uns nur im Jahr 1932 hellen Auges umzuschauen und wir erkennen, wie recht Valentin mit seiner betrüblichen Feststellung hat: „Verkniffene Revolutionen bekommen schlecht; die Revolution von 1848/49 hat sich nicht voll durchsetzen können, und das geht dem deutschen Volke bis heute nach.“ (Hermann Wendel im „Abend“ vom 12. 9. 32.)

Kommentar überflüssig.

Werbt Abonnenten!

Wer Qualität schätzt,

greift stets zur Juno,

die mit ihrem köstlichen Aroma immer wieder jeden Kenner entzückt.

JUNO-TABAK,

Juno-Mischung und Juno-Format

finden bei allen Rauchern die verdiente Anerkennung.

Daß eine so hochwertige Cigarette Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickereien ausschließen muß, wird jeder verstehen.

Wer Gutes zu würdigen weiß, raucht Juno!

Aus den Kindertagen der Bourgeoisie

Ein „Ruhmesblatt" aus der Kolonialgeschichte

Vor genau 400 Jahren, im September 1532, hat der Abenteurer und ehemaliger Schweinehirt Francisco Pizarro das Reich der Inkas an der Westküste Südamerikas, in den Cordilleren, zerstört. Für die Formen der Ausbreitung der europäischen Kultur und Zivilisation durch die herrschende Klasse ist dieses Ereignis vor manchen anderen bezeichnend. Im 12. Heft der „Urania" berichtet Fritz Schiff in einem Aufsatze „die alte ‚neue Welt'" von der Kulturgeschichte Mexikos und Perus und der Zerstörung dieser Reiche im 16. Jahrhundert:

„Vergegenwärtigen wir uns kurz, auf welcher Entwicklungsstufe sich damals die Europäer befanden. Die mittelalterliche Feudalwirtschaft war zerbrochen, und der gewaltig gewachsene Handel hatte die städtischen und zünftlerischen Bindungen der Bürger gesprengt. In den Niederlanden und in England war in der Tuchindustrie die Grundlage zur kapitalistischen Wirtschaft gelegt. Der ideologische Ausdruck dieser alle Klassen umfassenden wirtschaftlichen Umwandlung waren Humanismus, Renaissance und Reformation. Gesteigerter Bedarf an Rohprodukten führt bereits im Ausgang des 15. Jahrhunderts zur Suche nach dem kürzesten Seeweg nach Indien und China. Die Völker, deren Länder an den Küsten des Atlantischen Ozeans liegen, insbesondere Spanien und Portugal, werden zu Pionieren dieser Kolonialwirtschaft; Afrika wird umsegelt und auf dem direkten Wege nach Westen treffen Columbus und seine Nachfolger auf den bisher unbekannten Kontinent Amerika.

Im Gegensatz zu den übrigen Völkern Europas, insbesondere zu den Italienern, Deutschen und Franzosen, war die Kultur dieser Portugiesen und Spanier, deren Reiche ökonomisch noch außerordentlich rückständig waren, sehr niedrig. Die für das übrige Europa längst versunkene Herrenideologie, die später Cervantes in seinem „Don Quichote" dem Gelächter der Welt preisgegeben hat, beherrschte diese abenteuernden Ritter, die jetzt, nachdem weder Europa noch das „Heilige Land" mehr Gelegenheit zum Plündern und Rauben boten, sich auf die unglücklichen Eingeborenen Amerikas stürzten, um alles zu stehlen, was sie brauchen konnten, und alles zu vernichten, was ihnen hinderlich schien. Nichts von jenem humanistischen und humaneren Geiste, den das Christentum im übrigen Europa angenommen hatte, erfüllte die religiöse Gesinnung dieser Hidalgos*; ihr Gott sollte allein dazu dienen, ihnen ihre Herrschaftsgelüste und Raubinstinkte zu bestätigen. Aber diese primitive Feudalideologie hinderte die Eroberer, das geraubte Gold und die geraubten Schätze im Sinne des damals fortschrittlichen Kapitalismus zu verwenden. Die unermeßlichen Schätze wurden gestohlen, zerstört und bestenfalls in der Heimat angehäuft, die meisten Dinge aber verkamen einfach, gingen zugrunde, wie die Sitten und Ordnungen der amerikanischen Völker; eine Kultur wurde ausgelöscht, ohne daß ihre positiven Werte von den Eroberern übernommen wurden. Niemals soll man glauben, eine hohe Kultur könne nicht einfach von Barbaren ausgerottet werden; woraus der aufmerksame Leser seine Schlüsse ziehen möge!

Weit weniger wissen wir über die Entwicklung in Peru. Man vermutet, daß auch in diesem Gebiet ursprünglich eine Bilderschrift bestanden habe, die vielleicht bei einer Revolution als Geheimschrift einer Priesterkaste vernichtet worden ist. Erhalten ist nur eine Schrift in geknoteten Schnüren, deren Entzifferung bisher nur astronomische Angaben gebracht hat.

Man kann für dieses Gebiet drei Kulturzonen unterschreiben, den harten Boden des Hochgebirges mit kühlem Klima, die mittleren Hochflächen und tiefen Schluchten mit fruchtbarem Boden und gemäßigtem Klima und den trockenen, regenlosen, sandigen Küstenstrich am Stillen Ozean, der durch die Abflüsse der Gebirgswässer eine Oasenkultur hervorgebracht hat.

Außergewöhnlich lebendige, naturalistische Kopfdarstellungen aus der Valle de Chiecama im Norden der Küste legen die Vermutungen nahe, daß wir es hier mit Erzeugnissen einer uralten, noch ganz patriarchalischen Feudalkultur zu tun haben. Wie für den Naturalismus der frühesten spanischen Höhlenmalerei der Steinzeit könnte die Erklärung auch dieser Wirklichkeitstreue in dem trügerischen Bewußtsein zu suchen sein, daß die Macht der Herrschaft und damit die Ordnung unerschütterbar sei. Man hielt es für überflüssig zu verhüllen und zu vernebeln, und wagte unbekümmert die Natur nachzubilden.

Das südlich ebenfalls an der Küste gelegene Nazca zeigt in seinen Töpferwaren auf rotem oder schwarzem Grund mit scharfer, dunkler Konturierung leuchtende Farben, die selbstverständlich keine ästhetische, sondern irgend eine magische, die Götter beschwörende Aufgabe gehabt haben. Der völlige Mangel an naturalistischen Formen, das Ueberwiegen dämonischer Figuren und die Darstellung Verstümmelter lassen den Schluß auf eine zumindest unruhige gesellschaftliche Epoche mit bereits starken Klassenspannungen zu. Zugleich zeigen aber gerade diese Figuren von Krüppeln die starken Tendenzen zur Buße, zur Selbstbestrafung, die, wie übrigens auch in Mexiko eine große Priesterkaste geweckt hatte, um die Aufmerksamkeit von den äußeren Geschehnissen abzulenken. Wer die Schuld in der eigenen Brust sucht, vergißt die gesellschaftliche Aktivität. Allerdings dürfte diese Selbstverstümmelung ihre moralische Bedeutung als Strafe ziemlich spät erhalten haben; ursprünglich diente sie wohl der Beschwörung geheimer Kräfte durch freiwillige Bluthingabe oder durch Nachahmung des Werdens und Vergehens in der Natur. Das Privileg, demzufolge überall, ganz besonders aber in Peru, nur die Fürsten Ohrenpflöcke, Nasenringe und Lippenscheiben, von denen kostbare goldene Exemplare gefunden worden sind, tragen durften, deutet auf einen besonders wichtigen magischen Brauch hin.

Die meisten Ueberreste in diesem Gebiet hat man bisher im Hochland, in Tiuhanaco südlich vom Titicacasee gefunden. Ein riesiger künstlich aufgefüllter Terrassenberg hat sich ebenfalls als ein Tempel erwiesen; ob hier Zusammenhänge mit Mexiko bestehen, ist unbekannt. Gut erhalten ist ein riesiges Sonnentor, das aus einem einzigen Stein erbaut ist. In der Mitte dieses Tores befindet sich ein Relief, das ein von Strahlen umgebenes Sonnenantlitz zeigt, das von Genien angebetet wird. Alle Plastiken in diesem Gebiet zeigen eine monumentale, kubische Form.

Wer aber die Träger dieser offenbar doch sehr hohen Ackerbaukultur gewesen sind, konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden. Vielleicht die Aymara.

Weiter nördlich, jenseits des abflußlosen Beckens des Titicacasees, haben sich im Cuzco großartige Ruinen erhalten, die in ihrer monumentalen Einfachheit sich von allen übrigen Bauten dieser ganzen Gegend grundsätzlich unterscheiden. Hatten die Tempel der übrigen Kulturen, wie etwa die Ruinen der Küstengottheit Pachacamac beweisen, stets eine reichliche architektonische Gliederung, so bestehen die gewaltigen Anlagen von Cuzco aus riesigen glatten Mauern, an denen keine Plastik und kein Relief von den Taten der Götter berichten. Mit mathematischer Sorgfältigkeit geschliffene, an den Außenseiten gleichgewölbte Steinblöcke wurden aufeinandergetürmt und so fest und fugenlos miteinander verbunden, daß heute noch nicht die dünnste Stahlklinge dazwischen greifen kann.

Aber nicht nur in Cuzco berichten Tempel, Paläste, Zitadellen und Badeanlagen von dem ungewöhnlichen Können ihrer Erbauer, im ganzen Lande finden wir heute noch ungeheure künstliche Steinterrassen, auf deren Höhen von den Eingeborenen wie vor Hunderten von Jahren der Ackerbau getrieben wird. Die Erbauer dieser großartigen Anlagen waren die Inkas, deren Herrschaft im 12. Jahrhundert unserer Zeitrechnung begonnen haben dürfte. Wiederum wird uns hier bestätigt, daß ähnliche wirtschaftlich-gesellschaftliche Bedingungen zu ähnlichen kulturellen Formen führen; denn die fugenlose Monumentalität dieser Architektur ähnelt aufs Stärkste derjenigen ägyptischer Bauten, die Ausdruck einer streng hierarchisch aufgebauten Gesellschaft waren, die unter dem Zwang zur kollektiven Bearbeitung des Bodens entstanden war. In Aegypten hatte die Nilregulierung Stämme und Völker zu einem riesigen Reich vereinigt, im mittleren Hochlande von Peru mußten bei gewachsener Bevölkerungszahl künstliche Bauten von Terrassen und Bewässerungsanlagen an den Berghängen den notwendigen Ackerboden für die Gesamtheit schaffen. Hatte aber die größere Lebendigkeit der Nilwirtschaft zu einer ziemlich differenzierten Sklavenwirtschaft geführt, so blieb im bergumschlossenen Inkareich der gesellschaftliche Aufbau von einer entwicklungfeindlichen Starre, die ihm bei den bürgerlichen Gelehrten Europas die Prädikate „theokratischer*) Sozialismus" und „Zuchthausstaat" eingetragen haben.

In der Tat, außer der königlichen Familie, eben der Inka, und der Sonnenpriesterkaste, besaß niemand Privateigentum an Grund und Boden, das ganze übrige Land war als königlicher Staatsbesitz so aufgeteilt, daß jede Familie ihrer Kopfzahl entsprechend, ein Stück Landes zu bearbeiten hatte. Regelmäßig wurde im Frühjahr die Feldarbeit vom König selbst eröffnet; dann mußte für das Feld der Sonnenpriester gearbeitet werden, hierauf wurden die eigenen Felder bearbeitet, schließlich kamen die Felder der königlichen Familie dran. Die gesamte Ernte, aber auch alle handwerklichen Erzeugnisse, insbesondere Stoffe und Kleider, wurden in den staatlichen Magazinen sichergestellt; nur was für den notwendigsten Eigenbedarf bestimmt war, durfte unmittelbar verwandt und verzehrt werden. Der Ertrag der Priestergrundstücke diente vor allem der Erhaltung des riesigen Apparates der Priester und Beamten, der Ertrag der Inkagrundstücke war für die königliche Familie aber auch für die Arbeiter bestimmt, die in die Bergwerke und zu Straßenbauten abkommandiert waren. Auch auf den eigenen Feldern war die Arbeit staatlicher Zwang, es gab keine individuelle Tätigkeit und Freiheit. Im Gegensatz zu der Sklavenwirtschaft in Aegypten herrschte hier Arbeitsdienstpflicht für alle, auch für die Frauen, die sogar als Nebenfrauen des Inka abkommandiert werden konnten. Ohne Erlaubnis des Staates durfte niemand heiraten, jedem Fünfundzwanzigjährigen wurde vom Kreisvorstand eine Frau zuerteilt. Sämtliche Staatsämter, einschließlich der Justiz, mußten, da ja für alle in der Theorie materiell gesorgt war, unentgeltlich ausgeübt werden, niemand durfte ohne behördliche Erlaubnis reisen, denn auch der Warenaustausch lag ja in der Hand des Staates. Wer aber einen Auftrag zum Reisen bekam, fand hervorragende Chausseen mit Tunnelbauten und ein glänzend organisiertes Stafetten- und Herbergswesen vor, das ihm unentgeltlich zur Verfügung stand. Man erzählt, daß der Warendienst so gut eingerichtet war, daß man die Städte des Inkareiches im Gebirge durch Stafettenverkehr mit frischen Seefischen beliefern konnte.

Diese so glänzend organisierte Gemeinwirtschaft ist allerdings das Gegenteil unseres marxistischen Sozialismus, sie entspricht vielmehr durchaus dem Ideal des radikalen Flügel des Faschismus. Denn diese Versorgung aller war erkauft durch eine brutale Klassendiktaturdurch die Inka und ihre Priester, die ja mit ihrem Beamtenapparat im Grunde die gesamte Wirtschaft und ihren Ertrag fest in den Händen hatten; drohte Unzufriedenheit oder gar Revolution, so wurden einfach die Speicher geschlossen und das Volk ausgehungert.

Das Volk hatte zu arbeiten, aber nicht über seine Arbeit zu bestimmen und die Verwaltung der Gesellschaft nach eigenen Bedürfnissen zu regeln; alle Arbeit diente letztlich dem Inka selber, der als Vertreter der Gottheit auf Erden behauptete, den Schlüssel zu allem leiblichen und seelischen Wohl in den Händen zu haben. Niemand durfte sich dem Inka nahen, ohne eine Last auf den Schultern zu tragen, und mit jedem Inka mußte sein ganzer Hofstaat lebendig begraben werden, eine Sitte, die von den Babyloniern und Aegyptern früh überwunden worden ist. Wie in Mexiko, war auch hier der Sonnengott Inti die wirtschaftlich wichtigste Kraft aller vorgestellten Götter, eine entferntere Schöpfergottheit Viracocha scheint im Götterhimmel die übergeordnete Rolle der Inka gespielt zu haben, während der Sonnengott mehr dem priesterlichen Minister entsprach.

Dieses Inkareich war bereits organisatorisch zerfallen, als sich der König Atahualpa von dem Mordbrenner Pizarro betrügen ließ und sein Reich plündernden Sendboten der spanischen Monarchie auslieferte.

Man sagt oft, die europäischen Eroberer hätten hier überlegene Kulturen zerstört; aus solchen summarischen Urteilen spricht deutlich der Wunsch, die technische Kultur Europas gegenüber der magisch-religiösen Kultur Altamerikas zu entwerten. Was dort zerstört wurde und ohnmächtig und unschuldig zugrunde ging, war gewiß hochentwickelt aber doch eben nur im Rahmen einer verhältnismäßig tiefen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe.

Erst der Gebrauch von Eisen und zureichenderen Werkzeugen hätte die Kulturen über ihre materielle und damit geistige und moralische Primitivität hinausbringen können. Der Kapitalismus allerdings, der seine kolonialen Grundlagen vom ersten Tage an durch Mord und Raub schuf, hat sich als unfähig erwiesen, die Güter seiner eigenen Zivilisation zum Wohle der Menschheit zu verwenden; um besitzen zu können, hat er nur zerstört.

Erst der Sozialismus kann den wirtschaftlich tiefer stehenden Völkern helfen, nicht nur um der Oekonomie Willen, sondern gerade um ihnen eine höhere gesellschaftliche und moralische Ordnung zu geben.

* Hidalgo = Spanischer Edelmann.

*) Theokratie = Gottherrschaft. Von den Priestern gebildeter Staat.

Der Wahlkampf bringt es an den Tag

Foltermethoden der amerikanischen Polizei

Als gegen Ende des Monats Juli ein neues Verbrechen des „dritten Grades", begangen von der amerikanischen Polizei, durch die Indiskretion eines Pariser Blattes bekannt wurde, da tauchten durch Gottes unerforschlichen Ratschluß allenthalben in der bürgerlichen Presse harmlose Artikelchen auf, die auseinandersetzten, daß der „Dritte Grad" eine raffinierte, aber ansonsten vollkommen harmlose Verhörsmethode der amerikanischen Polizei sei. So hieß es, was wir bereits am 20. Juli niedriger hängten, in einer bürgerlichen Zeitung:

„Die Grauen des Grilling sind nicht zu beschreiben. Nicht etwa, daß die Delinquenten körperlich gefoltert werden, nein, das macht man nicht; in dieser Hinsicht ist man vorsichtig genug. Wir leben nicht im Mittelalter."

Wäre nicht inzwischen der Präsidentschaftswahlkampf in USA fällig geworden, dann hätte es so ausgesehen, als hätten wir die harmlose und ach so ehrbare amerikanische Polizei zu Unrecht der Anwendung barbarischer Methoden verdächtigt. Aber im amerikanischen Wahlkampf dieses Jahres scheint gewaltige Not an neuen Reklameeinfällen zu herrschen, so daß Herr Hoover sich nicht mit „der Wiederbelebung" der Börse begnügen konnte und etwas ganz Neues ausfindig machen mußte. Er hat öffentlich seinem Abscheu vor den „Folterungen dritten Grades" Ausdruck gegeben. Bei dieser Gelegenheit hat er eine Kleinigkeit aus der Schule plaudern müssen. In dem Feldzug des Präsidenten Hoover wird gegen den dritten Grad angeführt,

daß die Delinquenten gezwungen werden, stundenlang in grelles Licht zu sehen, daß sie tagelang nicht schlafen dürfen und ohrenbetäubendem Lärm ausgesetzt sind, daß stundenlang die Zellen der „Verhörten" mit Tränengas vernebelt werden, daß den Gefangenen, um sie zu Geständnissen zu zwingen, ungeheure Wassermengen eingeflößt werden.

Merkwürdig, vor zwei Monaten wurde erklärt, daß es sich beim dritten Grad schlimmstenfalls um eine Seelenfolter, aber ganz sicher nicht um eine körperliche Folterung mit mittelalterlichen Methoden handelt. Und jetzt enthüllen Leute, die es doch wissen müssen, ein ganzes System mittelalterlicher Folterqualen, so daß sogar eine bürgerliche Nachrichtenagentur von „einem mittelalterlichen Schandfleck" sprechen konnte und seine Nachricht mit der immerhin deutlichen Frage überschrieb: „Schafft Amerika die Folter ab?"

Das Märchen vom „harmlosen dritten Grad" ist zu Ende, es ist ein lehrreiches Beispiel für die Methoden der bürgerlichen Berichterstattung und für das unglückliche Verhältnis, in dem die Wahrheit zur bürgerlichen Presse steht.

Ereignisse des Alltags

Grubenunglück auf Zeche Holland

Herbede a. d. Ruhr, 22. September.

Auf der Zeche Holland der Herbeder Steinkohlenbergwerke ereignete sich gestern abend ein schweres Grubenunglück. Der Bergmann Paul Schroll aus Witten und der Hauer Heinrich Balke aus Herbede gerieten plötzlich unter eine Rutschenstrebe und wurden von den hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet. Bereits nach kurzer Zeit konnte einer der Verschütteten als Leiche geborgen werden. Nach halbstündiger Bergungsarbeit wurde der zweite Knappe, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, aus den Gesteinsmassen herausgeholt. Aber auch hier war ärztliche Hilfe vergebens. Wie die Ermittlungen ergaben, war an der Rutschenstrebe eine Störung eingetreten, wodurch sich das Gebirge verschoben hatte. Die beiden Verunglückten waren Familienväter.

Großfeuer in schwedischer Linoleumfabrik

Göteborg, 21. September.

In Almedal brach heute früh in einer Linoleumfabrik ein Brand aus. Zwei große Gebäude mit etwa 40 000 Quadratmetern fertigen Linoleumteppichen und wertvollen Maschinen brannten völlig aus. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Kronen. Der Betrieb erleidet durch den Brand keinerlei Einschränkungen.

Gegen das Brückengeländer gerast

Köln, 23. September.

Ein schweres Kraftwagenunglück ereignete sich in den späten Abendstunden des Donnerstag an der Köln-Mühlheimer Brücke. Auf der Kölner Seite der Brücke fuhr der Lieferwagen eines Gelsenkirchener Marktbeschickers in rascher Fahrt über den Bürgersteig gegen das Geländer der Brücke. Durch den heftigen Anprall wurden drei Insassen des Wagens herausgeschleudert. Einer von ihnen war sofort tot, während die beiden anderen schwer verletzt wurden. Der Chauffeur des Wagens blieb unverletzt.

Eisenbahnanschlag vereitelt

Gelsenkirchen, 22. September.

Ein Lampenreiniger der Eisenbahnverwaltung fand heute früh auf der Strecke Gelsenkirchen—Wattenscheid—Kray-Nord bei Kilometer 44,2 zwei eiserne Feldbahnschwellen zwischen den Schienen und den Streckenbolzen des Gleises eingeklemmt auf. Auf die Ergreifung der unbekannten Täter hat die Reichsbahn eine Belohnung ausgesetzt.

Nazi-Demagogie entlarvt

SPD Arm in Arm mit Bürgerlichen — Nazi gegen Unterstützung von Schwerkriegsbeschädigten — SAP für Winterhilfsmaßnahmen

Nach einer langen Pause wurden die Sitzungen des Breslauer Stadtparlaments gestern wieder aufgenommen. Der politische Scheincharakter dieser parlamentarischen Institution, deren Beschlüsse durch den Machtspruch der Staatskommissare ohne weiteres für null und nichtig erklärt werden können, hat diesen Sitzungen freilich nur noch eine demonstrative Bedeutung verliehen.

Die gestrige Sitzung des Breslauer Stadtparlaments begann mit einem Antrag der Kommunisten, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Bestimmungen der Notverordnung nicht durchzuführen. Die Kommunisten wollten also hier mir nichts dir nichts, daß der Magistrat eine gesetzliche Anordnung des Reichstags nicht durchführe. Es ist erklärlich, daß dieser Antrag, der selbst bei Annahme die Durchführung der Notverordnungsbestimmungen nicht verhindert hätte, nicht die Unterstützung der SAP-Fraktion finden konnte. Und so fiel er denn alsbald unter den Tisch.

Die erste lebhaftere Debatte begann, als die Wahl einiger neuer Mitglieder für die Marstall-, Schul- und Stadtbaudeputation vorgenommen werden sollte. Obwohl die SAP die zweitstärkste Fraktion im Breslauer Stadtparlament ist, hatte die SPD nämlich in löblicher Einheitsfront mit den Bürgerlichen und entgegen dem parlamentarischen Brauch und den gesetzlichen Bestimmungen abgemacht, die Stellen mit Mitgliedern ihrer Partei zu besetzen. Die SPD schlug obendrein für einen dieser Posten den Gewerkschaftssekretär Meise vor, von dem gerichtsnotorisch bekannt ist, daß er sich nicht gescheut hat, seine hohen Zechen von Arbeitgebern bezahlen zu lassen. Genosse Fritz Pietsch erklärte hierzu, daß die SAP nach der Stärke der Fraktion im Stadtparlament die durch das Ausscheiden einiger Mitglieder freigewordenen Sitze zu beanspruchen habe, und daß dieser Anspruch ihr nach den parlamentarischen Gepflogenheiten und nach den gesetzlichen Bestimmungen zukomme. Im Falle einer Ablehnung ihrer Forderung würde die SAP keinem Mittel des Protestes und selbst einem Verwaltungsstreit nicht aus dem Wege gehen. Genosse Pietsch brandmarkte das Verhalten der SPD, die sich als Hüterin der Demokratie immer nur dann aufwerfe, wenn es ihr gesetzmäßig erscheine und wenn es sich um ihre eigenen sogenannten Machtpositionen handele. Im anderen Falle jedoch sei die SPD sofort bei der Hand, auf Recht und parlamentarische Gepflogenheit zu pfeifen. Dem Gewerkschaftssekretär Meise sprach Genosse Pietsch die moralische Eignung zum Vertreter von Arbeiterinteressen ab. Karl Pietsch von der SPD machte darauf das bemerkenswerte Eingeständnis: Ein Mensch, der gezwungen sei, mit Gegnern zu verhandeln, könne auch „etwas Gesellschaftliches" einmal nicht abschlagen. Bei der Abstimmung zog es die SPD vor, mit den bürgerlichen Parteien zu stimmen und die berechtigten Forderungen der SAP ablehnen zu helfen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erregte es allgemeine Empörung, als der Nazistadtverordnete Kotzur auftrat und ausgerechnet bei einem Antrag zur Verstärkung des Haushaltsplanes des Wohlfahrtsamtes einen angeblichen Fall „Roter Korruption" „enthüllte", wohl um die Verstärkung des Wohlfahrtsetats auf diese Weise zu verhindern. Nazi-Kotzur leistete sich dabei ein Redestück, das wohl für immer dazu angetan sein wird, die demagogische Rolle dieser „Arbeiterpartei" zu offenbaren und zu zeigen, was es mit dem Eintreten dieser Partei für die Interessen der Kriegsbeschädigten auf sich hat. Denn dieser Nazi entblödete sich nicht, ausgerechnet die Notlage eines hundertprozentig Kriegsbeschädigten vor das Licht der Oeffentlichkeit zu zerren, und die durchaus nicht seltene Tatsache, daß diesem Schwerkriegsverletzten mit einer Summe ausgeholfen worden war, die er übrigens fast ganz wieder abgetragen hat, als schlimmste „Rote Korruption" zu brandmarken. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, während der es Ordnungsrufe hagelte. Als Genosse Stope den demagogischen Charakter dieser „Arbeiterpartei" gründlich entlarvte, rief ein Nazi hilflos und wehleidig in die allgemeine Empörung: „Von uns wird kein Antrag genehmigt, alles wird abgelehnt, womit er tatsächlich der notorischen Dummheit dieser parlamentarischen Musterjünglinge sprechend Ausdruck gab.

Es kam dann zu einem Antrag in der Frage der Erwerbslosen-Kleingärtner. Da aus den Kreisen der Erwerbslosen nämlich nach wie vor Anträge auf Bereitstellung von Kleingärten eingelaufen sind, will das Reich diese begonnene Maßnahme zwar weiterführen, aber mit der Einschränkung, daß der Einzelbewerber an Stelle der früher bewilligten 100 Mark nur einen Betrag von 75 Mark erhalte. Nach einer kurzen Diskussion, zu der auch die SAP für die erwerbslosen Kleingärtner das Wort nahm, wurde der Beschluß gefaßt, die bereitzustellende Summe von 75 Mark auf 100 Mark zu erhöhen. In der Frage der Wiederbesetzung der Stelle des Stadtrat Landsberg ergriff Genosse Fritz Pietsch für die SAP-Fraktion das Wort und lehnte die Wiederbesetzung mit dem Hinweis auf die furchtbare Notlage der arbeitenden Bevölkerung und auf die bereits vorhandenen besoldeten Stellen ab. Dabei widerlegte er auch die sachlichen Einwände, die von verschiedener Seite gemacht wurden. Leider wurde die Frage, ob die freigewordene Stelle noch einmal zu besetzen sei oder nicht, mit den Stimmen der SPD in den Ausschuß verschoben, so daß sich die Sitzung über diesen Fall noch immer nicht klar werden konnte.

Den Abschluß der gestrigen Stadtverordnetensitzung bildete ein Antrag der SAP, der die von uns geforderten Winterhilfsmaßnahmen zum Beschluß erheben sollte. Danach sollen für die Monate November bis März wieder Kohlen- und Lebensmittelscheine im gleichen Umfange wie in den Vorjahren ausgegeben und in den einzelnen Notfällen unentgeltliche Winterkleidung gewährt werden. Genosse Klose, der zu diesem Antrag das Wort ergriff, zeichnete im Verlauf seiner Rede die bittere Not der erwerbslosen Bevölkerung und brachte zum Ausdruck, daß diese Forderungen nur als Mindestforderungen anzusprechen seien. Gegenüber den weitergehenden Anträgen der KPD betonte er, daß es nicht darauf ankäme, Forderungen zu stellen, deren Ablehnung von vornherein zu erwarten sei, sondern den Erwerbslosen rasch und tatsächlich zu helfen. Der Antrag der SAP wurde auch angenommen, während die kommunistischen Anträge nicht einmal auf die Tagesordnung kamen. B. K.

Achtung Freidenker-Funktionäre

Nicht Sonnabend, sondern heute schon (Freitag) Sitzung im Partei-Büro, 20 Uhr.

Die Photographie als Gegenbeweis!

Ist Kommissar Schneider noch glaubwürdig?

(Sonderbericht der SAZ)

Liegnitz, 22. September.

Der Vormittag des vierten Tages, an dem hauptsächlich Polizeibeamte vernommen wurden, brachte nichts Wesentliches. Wichtig ist nur die Aussage des Zeugen Otto, des technischen Leiters des Reichsbanners, der erklärte, er habe an diesem Tage die Parole ausgegeben, in den Straßen der Innenstadt einen Spaziergang zu veranstalten. Er habe auch die Straßeneinteilung vorgenommen. Im übrigen hätten die Angeklagten mit den Hammerschaften der Eisernen Front nichts zu tun.

Am Nachmittag wurden die Zeugen im Falle Höer vernommen. Die Zeugen Reichelt und Weiß hatten Höer auf der Haynauer Straße stehen sehen und behaupteten, er habe mehreren Führern der Eisernen Front Anweisungen gegeben. Gehört haben sie allerdings nichts. Der Zeuge Bittermann bekundet, gegen 1/2 8 Uhr mit Höer über die Goldberger Straße nach der Passage gegangen zu sein, um von dort ins Volkshaus zu gelangen. Dort in der Passage hätten sie gesehen, wie Wachtmeister Kaisig, ebenfalls einer der Hauptbelastungszeugen, wie wild auf den Arbeiter Niedergesäß eingeschlagen hat. Als Höer Kaisig zur Rede stellte, war Kommissar Peters dazugekommen, hatte Höer, als er nicht so schnell lief, wie er es wollte, geschlagen und verhaftet. Trotzdem der Zeuge nur durch Straßen gegangen war, in denen alles still war, wurde er nicht vereidigt.

Als der Zeuge Niedergesäß vernommen wurde, ereignete sich ein wichtiger Zwischenfall. Kommissar Schneider meldete sich nämlich zum Wort und behauptete, in Niedergesäß einen der schlimmsten Rädelsführer wiederzuerkennen. Er habe ihn genau erkannt, er hätte damals eine dunkle, lange Hose angehabt. In diesem Moment überreichte der Verteidiger dem Vorsitzenden eine Photographie, die unmittelbar nach den Vorfällen aufgenommen war und Niedergesäß noch blutend zeigt. Auf diesem Bilde hat N. eine helle Knickerbockerhose an. Trotzdem verharrt Schneider bei seiner Aussage.

Dies ist nun schon das drittemal, daß Schneider ein eklatanter Irrtum nachgewiesen wurde. Das erstemal, als er behauptete, Moser sei in Reichsbanner-Uniform gewesen und nachher zugeben mußte, ihn mit seinem Bruder verwechselt zu haben. Das zweitemal, als er Späte über eine Stunde als Rädelsführer gesehen haben will, trotzdem einhellig erwiesen ist, daß Späte höchstens eine Viertelstunde in der Stadt war, und nun das drittemal hier. Wir fragen, ob ein solcher Zeuge als Hauptbelastungszeuge noch Glauben verdient, nachdem man über 20 Entlastungszeugen die Glaubwürdigkeit abgesprochen hat.

Am Freitag nachmittag beginnen die Plädoyers.

Fünf Jahre Zuchthaus gegen Kommunisten

Beuthen O.-S., 22. September.

Das Beuthener Sondergericht verhandelte am Mittwochvormittag gegen sieben Kommunisten aus Miechowitz, bei denen in den Tagen vor der letzten Reichstagswahl bei einer Haussuchung eine größere Anzahl von Waffen sowie Dynamitpatronen, Sprengkapseln und fertig hergestellte Behältnisse zur Anfertigung von Bomben gefunden worden waren.

Nach längerer Verhandlung, in deren Verlauf nur ein Angeklagter geständig war, verurteilte das Gericht den Hauptangeklagten, den aus Oesterreich stammenden Grubenarbeiter Jakob Meier, zu

5 Jahren 1 Monat Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust

wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und Vergehens gegen das Kriegsgerätegesetz.

Zwei Angeklagte wurden **freigesprochen.**

Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis vier Monaten. Gegen einen Angeklagten wurde das Verfahren abgetrennt. Der Staatsanwalt hatte insgesamt 29 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre 3 Monate Gefängnis beantragt.

•

Das scheint jetzt bei den Staatsanwälten Mode geworden zu sein, in Zuchthausanträgen zu schwelgen.

Die Arbeiterschaft protestiert gegen dieses ungeheuerliche Zuchthausurteil und gelobt ihre volle Solidarität mit den Verurteilten.

Maus bestritt in der Verhandlung jede Beteiligung an den Ausschreitungen; er erklärt, nur Extrablätter verkauft zu haben. Dagegen blieb der Belastungszeuge bei seinen früheren Behauptungen; er beschrieb aber Maus als einen Mann, der damals die SA-Uniform getragen habe, während andere Zeugen bekundeten, er sei in bürgerlicher Kleidung gewesen. Angesichts dieses Widerspruchs beantragte der Staatsanwalt Freispruch; das Gericht erkannte dementsprechend.

Nazi dagegen werden freigesprochen

Beuthen O.-S., 22. September.

Unter der Anklage des Landfriedensbruchs hatte sich am Mittwoch der 24jährige, der NSDAP angehörende Bäckergeselle Fridolin Maus zu verantworten. Bekanntlich kam es im Anschluß an den Potempa-Prozeß am 23. und 24. August in den Hauptstraßen der Stadt zu schweren Ausschreitungen, wobei in einer Reihe von Geschäften die Scheiben eingeschlagen wurden. Zunächst konnte keiner der Demonstranten gefaßt werden; am nächsten Tage meldete sich jedoch auf der Polizeiwache ein junger Mann, der Maus als einen der Haupttäter erkannt haben wollte.

Zwei Jahre Zuchthaus

wegen versuchten Totschlages

Neisse, 22. September.

Der Steinsetzmeister Robert Kuttke aus Neustadt OS. wurde vom Sondergericht Neisse wegen versuchten Totschlages an seiner 16jährigen Tochter zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Der Angeklagte war gegen die beabsichtigte Verheiratung der Tochter mit einem Weber aus Neustadt. In der Nacht zum 8. August war der Angeklagte aufgestanden, wie er angibt, in der Absicht, der Tochter einen Denkzettel zu geben. Er versetzte seiner Tochter mit einer Holzaxt einen Schlag auf den Kopf. Er will mit dem Stiel der Axt nach dem Rücken des Mädchens geschlagen haben; dieses habe sich aber umgewandt, sodaß der Schlag den Kopf getroffen habe. In der Meinung, sie erschlagen zu haben, irrte er dann ziellos umher, bis er etwa 10 Tage später von der Landjägerei in Riegersdorf bei Neustadt gestellt wurde. Er bekannte dem Landjägermeister sofort seine vermeintliche Tat und bat den Beamten, ihn gleich zu erschießen. Seine Tochter hatte durch den Schlag jedoch nur eine zwar erhebliche, aber nicht lebensgefährliche Verletzung davongetragen.

Bergmannstod

Grünberg, 22. September.

Der Häuer Otto Ernst aus Schweinitz wurde im Grünberger Charlottenschacht durch herabstürzende Kohlenmassen tödlich verletzt. E. war Vater von sechs Kindern. Seine Witwe verlor ihren ersten Mann gleichfalls durch ein Grubenunglück.

Mit Pfeffer und Gewalt

Breslau, 22. September.

Im Grundstück Gustav-Freytag-Straße 11 wurde eine Dame überfallen und ihr die Aktentasche entwendet. Die Täter hatten der Frau auf der Treppe aufgelauert. Während der eine Täter dem Opfer Pfeffer ins Gesicht warf, entriß der zweite der Frau die Aktentasche. Beide Räuber sind nach der Straße geflüchtet und entkamen auf ihren Fahrrädern, welche in der Nähe des Tatortes standen, unerkannt.

Auf den Hochspannungsmast geklettert

Groß Strehlitz, 22. September.

In Gonschorowitz kletterte der 13jährige Sohn des Häuslers Bernhard Bienek auf einen Hochspannungsmast. Er kam mit den Drähten in Berührung und wurde vom elektrischen Strom getroffen. Mit vielen Brandwunden stürzte er ab, wobei er einen Schädelbruch und andere Verletzungen erlitt. Er wurde besinnungslos am Fuße des Mastes aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustand darniederliegt.

Schwere Schadenfeuer

In Weinberg brannte die große zweitennige Scheune des Restgutsbesitzers Kwedling, die bis unter das Dach mit Getreide angefüllt war, vollständig nieder. Die Feuerwehr konnte wegen Wassermangels nicht viel ausrichten und mußte sich auf die Sicherung der anstoßenden Scheunen beschränken. Dem Brand sind ungefähr 1300 Zentner Getreide und verschiedene landwirtschaftliche Geräte zum Opfer gefallen. Man nimmt Brandstiftung an.

•

In Laugwitz brach in der zweitennigen Scheune des Gutsbesitzers Fiebich Feuer aus, das in kurzer Zeit die Scheune mit dem Inhalt bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Die Ernte von 135 Morgen fiel den Flammen zum Opfer. Ueber die Entstehungsursache des Brandes schweben noch Ermittlungen.

Ist ein „Nazihauptmann" ein Mensch?

Diese Frage muß von uns verneint werden. Wiederum ist es durch die Tat eines nationalsozialistischen Führers bewiesen worden, daß sich in dieser Organisation an führender Stelle wahrhafte Untermenschen befinden.

In Cammerau in Schlesien hat sich ein Ereignis abgespielt, das an die Zeiten der schrankenlosen Junkerherrschaft vor der Bauernbefreiung erinnert.

Die ganze Woche hindurch müssen die Deputantenfrauen auf den Feldern der „gnädigen" Gutsherrschaft arbeiten, nur der Sonnabendnachmittag gehört ihnen. Aber auch in dieser kargen Freizeit sind die Frauen der Landproleten nicht müßig. Dann versuchen sie, den geringen Brotvorrat für ihre großen Familien durch Brotbacken zu ergänzen. So war es auch an jenem Sonnabendnachmittag in Cammerau. Die Landarbeiterin L., die für ihre 8 Kinder zu sorgen hat, war gerade damit beschäftigt, den Brotteig zum Backhaus zu tragen, als der nationalsozialistische Rittergutsbesitzer Mendrzyk herbei kam und kurz und bündig erklärte:

„Die Feldarbeit ist wichtiger als euer Brotbacken. Los, raus aufs Feld!"

Die Landarbeiterin L. hatte jedoch den Backofen bereits angeheizt und den Brotteig zum Backen fertig gemacht, sie war außerdem der Meinung, daß die 5 1/2 Tage, die sie bereits in der vergangenen Woche für die nationalsozialistischen Menschenschinder geschuftet hatte, wohl ausreichend seien und daß der Sonnabendnachmittag ihr gehöre. Da Diskussionen von jeher die schwache Seite der preußischen Rittergutsbesitzer sind, schloß Mendrzyk kurzerhand das Backhaus zu. Frau L. konnte und wollte ihren Brotteig nicht verderben lassen, deshalb entfernte sie mit einer Axt das Vorhängeschloß an der Tür zum Backhaus. Diese Auflehnung gegen den Willen des göttlichen Stellvertreters der Klassengewalten in Cammerau mußte auf frischer Tat aufs strengste bestraft werden. Denn es will es bereits die „peinliche Gerichtsordnung" Karls V. vom Jahre des Herren 1532, und ganz im Sinne dieses schändlichen mittelalterlichen Gesetzes verfuhr auch der als „Nazihauptmann" in Cammerau und Umgegend bekannte Rittergutsbesitzer Mendrzyk. Als nämlich Frau L. mit allen Mitteln versuchte, aus dem überhitzten Backhaus herauszukommen, öffnete er die Tür und verprügelte sie derartig, daß sie sofort die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen mußte. Aber auch das erschien dem famosen „Arbeiterführer" noch als eine zu geringe „Bestrafung", denn er zog der Landarbeiterin L. als Strafe für ihr Verhalten 2,50 Mk. von ihrem sauer verdienten Wochenlohn ab.

Nichts ist davon zu hören, daß der Gutsbesitzer Mendrzyk wegen dieses Roheitsvergehens sowie wegen versuchter und vollzogener Freiheitsberaubung, sowie wegen unrechtsmäßiger Zurückhaltung einer Lohnsumme von den amtlichen Gewalten zu Cammerau in Schlesien irgendwie wesentlich behelligt worden wäre. Auch die Gleichheit vor dem Gesetz scheint ihre Grenzen zu haben.

Lebenskunde

Eine Unterrichtsstunde in der weltlichen Schule

Unseren unlängst veröffentlichten Schilderungen aus dem Leben in den Grundklassen weltlicher Schulen fügen wir nun einige Bilder aus dem Getriebe der oberen Jahrgänge hinzu. Wir bringen heute ein Unterrichtsbild aus der für die weltlichen Schulen an Stelle der Religion eingeführten Lebenskunde.

Als Morgenlied haben die Kinder heute vorgeschlagen: „Die Bergleut' sind ein' edle Zier allhier auf dieser Erd' glückauf." Sie singen es in einem herrlichen dreistimmigen Satz, aber es will heute doch nicht so recht klingen. Als sich nach Beendigung des Liedes die Klasse setzt, bleibt einer gleich stehen, ein Zeitungsblatt in der Hand: „Da ist gestern wieder so ein furchtbares Grubenunglück passiert." Nun bringen auch alle anderen Zeitungen zum Vorschein, und nun wird zunächst einmal der tatsächliche Hergang gelesen, wobei der Lehrer nur bei verschiedenen den Kindern nicht geläufigen Fachausdrücken um Auskunft gebeten wird.

Aber diese Kinder begnügen sich nicht mit den Tatsachen. Sie forschen nach den Gründen, und es gibt ein Unterrichtsgespräch, dem alle mit größtem Interesse folgen und bei dem es passieren kann, daß man das Pausenzeichen überhört und tief in die nächste Stunde hineinkommt. Es endet mit der klaren Erkenntnis, daß unzureichende Sicherheitseinrichtungen, die den Gewinn des Grubenbesitzers beeinträchtigen, und Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften, die die Lohnhöhe des Grubenarbeiters herabdrücken, immer wieder solche Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit fordern werden.

In einer der nächsten Lebenskundestunden, — es gibt deren in der weltlichen Schule ja so viele wie Religionsstunden an den Konfessionsschulen —, erfährt dieses Stück Lebenskunde seine künstlerische Verklärung. Peter Roseggers ergreifende Schilderung aus dem Bergarbeiterleben „Versöhnung" wird gelesen. Sie sät in die aufgeschlossenen Herzen und Hirne der Kinder tief den Gedanken: Alle, die tagtäglich so in gleicher Not, in gleicher Gefahr stehen, gehören zusammen, auch wenn sie, wie in Roseggers Erzählung, sogenannten „feindlichen Völkern" angehören. Der Gedanke des brüderlichen Einsseins der Arbeiter aller Länder hat in diesen Lebenskundestunden in 40 Kinderherzen und Hirnen tief Wurzel geschlagen. Und nun wird diese weltliche Klasse die Gelegenheit suchen, bald einmal den Film „Kameradschaft" zu sehen. Und da wird ihnen allen das eine Wort des deutschen Bergarbeiters aus der Seele gesprochen sein: „Was kümmern uns die Generale — Kumpel bleibt Kumpel!"

Arbeitervater — Arbeitermutter, meinst du nicht, daß eine Schule, die in diesem Sinne auf Kinder einwirkt, auch für deine Kinder die richtige ist? Dann gehe noch morgen hin und melde deinen Lernanfänger für die weltliche Sammelschule an und melde deine größeren Kinder in die Sammelschule um!

Schlesischer Arbeiter-Sport

Fußball-Vorschau für den 25. September 1932

Der letzte Seriensonntag bringt noch einmal Hochbetrieb. Soweit nicht anders angegeben, beginnen die Spiele um 16 Uhr. Es spielen:

VfB—Wratislawia in Oltaschin. VfB wird noch einmal mit allem Ernst bei der Sache sein müssen, um das letzte Spiel und damit die Meisterschaft für sich zu entscheiden.

Südost—Herta in Klettendorf. Die besseren Leistungen Südosts sollten für den Sieg ausschlaggebend sein.

Stern—Sturm in Gräbschen. Beide Mannschaften verfügen über den notwendigen Kampfgeist, um Spiele für sich zu entscheiden. Da das Spiel auf dem Sternplatz stattfindet, wird Stern als Sieger erwartet.

VfL—Wacker in Gandau. Von dem Ausgang dieses Spieles hängt für beide Mannschaften sehr viel ab, so daß mit einem interessanten Treffen zu rechnen ist.

Pfeil—Blauweiß in Gandau. In diesem Vormittagsspiel wird sehr heiß um die Punkte gerungen werden. Wer als Sieger hervorgehen wird, kann man im voraus nicht sagen. Das Spiel beginnt um 10.15 Uhr.

Ohlau—Einigkeit in Ohlau. Im Protestspiel stehen sich beide Mannschaften noch einmal gegenüber. Da Ohlau in stärkster Besetzung antritt, ist ein Sieg möglich. Das Spiel nimmt um 10 Uhr seinen Anfang.

Oels—Namslau in Oels. In diesem Spiel entscheidet sich das Schicksal des Gruppenmeisters der 4. Gruppe. Siegt Namslau, dann hat Oels keine Aussichten mehr, den Meistertitel zu holen.

Juliusburg—Bernstadt in Juliusburg. Hier sollte Bernstadt den Sieger stellen.

VfK—Freiheit in Herrmannsdorf. Nach Kampf sollte VfK das Spiel für sich entscheiden.

1928—Eintracht in Goldschmieden. Ein überaus interessanter Kampf sollte sich zwischen diesen fast gleichwertigen Mannschaften entspinnen. 1928 müßte den Leistungen nach zu einem knappen Siege kommen.

Schlesien—Blaugelb in Grüneiche. Es ist mehr wie fraglich, ob Schlesien die kampffreudige Blaugelbmannschaft überwinden kann.

Adler—Jannowitz in Schwoitsch. Hier heißt der Sieger Adler

Gr. Nädlitz—Märzdorf in Gr. Nädlitz. Es wäre eine Ueberraschung, wenn Märzdorf verlieren würde.

Herold—Hundsfeld in Sakrau. Hundsfeld muß in stärkster Besetzung antreten, um Herold besiegen zu können. Verliert Hundsfeld, dann ist die Aussicht für die Spitze verloren.

Kawallen—Alt Bergel in Kawallen. Der Sieger heißt Kawallen.

Eichenlaub—Lanisch in Treschen. Hier sollte Eichenlaub zu einem knappen Erfolg kommen.

Herrnprotsch—1924 in Herrnprotsch. Die Form von Herrnprotsch ist schwankend geworden, so daß ein Sieg für 1924 fällig sein wird.

Wohlau—Einheit in Wohlau. Hier sollte Wohlau nach einer besseren Gesamtleistung zu einem Siege kommen.

Oswitz—Rapid in Oswitz. Trotz verschiedenartiger Klassenzugehörigkeit sollte die Spielstärke fast gleich sein, so daß ein ausgeglichenes Spiel erwartet wird.

Rosenthal—West in Rosenthal. Rosenthal hat sich etwas mehr vorgenommen und sollte doch noch knapp gewinnen.

Askania—FSB auf der Brückenaue. Hier heißt der Sieger FSB.

Falke—Rotweiß in Neukirch. Zwei Gruppenmeister stehen sich hier gegenüber, jedoch sollte Falke der Bessere sein.

Fußballnotizen

Verhandlungs-Ausschuß. Ladungen für Mittwoch, den 28. 9., 20 Uhr: Schiri Herbert Streibel. Spiel vom 14. 8. 32. Dazu Artur Maiwald, Paul Barwisch, Lanisch. Gustav Hoffbauer, Kynastowski und R. Reifschneider-Nädlitz. 20.30 Uhr: Schiri Albert Marschell vom Spiel vom 14. 8., dazu Paul Lirebenau und E. Würtz-1930 und Paul Langner-Herta. 21.00 Uhr: Schiri Walter Zapke-Herta und Erich Laske-Blauweiß. 21.30 Uhr: Schiri Felix Scholz-1924 und Max Dittrich-VfL.

Jugendausschuß — Fußballsparte. Die dem Stadtausschuß für Jugendpflege angeschlossenen Vereine erhalten die Original-Bescheinigung, die zur Einreichung der Fahrpreisermäßigung notwendig ist, durch das Arbeiter-Sportkartell. Eine Verlängerung der Antragsfrist ist beantragt.

Sportklub Rosenthal. Freitag, 7. 10., Generalversammlung bei Kutsche.

Handballserienspiele für den 2. Oktober 1932

Männer A-Klasse, Gruppe I

10.45: 5. Abt. I—1. Abt. II, Brückenaue 2.
10.45: Südost I—SilKick I, Klettendorf, 6.
14.00: 9. Abt. II—6. Abt. II, Ostpark, 44.
15.15: Ohlau I—Dt. Lissa I, Ohlau, 19.

Gruppe II

10.00: 1911 I—Fr. Schwimmer II, Brückenaue, 5.
11.40: 2. Abt. I—7. Abt. I, Ostpark, 17.
15.00: 1. Abt. I—8. Abt. II, Eichenpark, 45.
15.15: 1925 I—1897 I, Brückenaue, 9.

Gruppe III

10.00: 1925 II—Stabelwitz I, Brückenaue, 1.
15.00: Fr. Schwimmer I—5. Abt. II, Stadion, 60.
15.15: 9. Abt. I—4. Abt. I, Lohewiese, 54.
15.15: 6. Abt. I—8. Abt. I, Ostpark 10.

Männer B-Klasse, Gruppe I

9.00: Südost II—Hundsfeld 1, Klettendorf, 1897.
9.30: 5. Abt. III—Strehlen I, Brückenaue, 2. Abt.
12.50: 6. Abt. III—Stabelwitz IV, Ostpark, 2. Abt.
14.00: Ohlau II—Dt. Lissa II, Ohlau, 19.

Gruppe II

10.00: SilKick III—1897 II, Stadion, 4. Abt.
10.45: Marschwitz I—Nordost I, Marschwitz, Stabelw.
14.00: 2. Abt. I —Stabelwitz II, Ostpark, Fr. Schwim.
14.00: 1925 IV—Strehlen II Brückenaue, 5. Abt.

Gruppe III

9.30: Marschwitz II—4. Abt. II, Marschwitz, D. Lissa
10.15: Fr. Schwimm. III—1925 III, Stadion, 12. Abt.
10.40: 9. Abt. III—6. Abt. IV, Ostpark, 1897.
15.00: 12. Abt. I—Stabelwitz III, Stadion, Hundsfeld.

Jugendklasse

9.00: 12. Abt.—1. Abt., Stadion, 7. Abt.
9.00: Fr. Schwimmer—4. Abt., Stadion, 1. Abt.
10.30: 2. Abt.—5. Abt., Ostpark, 8. Abt.
14.00: Stabelwitz—Dt. Lissa, Stabelwitz, Merschwitz.

Sportlerinnen

9.40: 9. Abt.—SilKick, Ostpark, 2. Abt. Frauen.
15.00: 4. Abt.—3. Abt. II, Eichenpark, Fr. Schwimm.
15.00: VfB—3. Abt. I, Oltaschin, Südost.
15.00: PSV—2. Abt., Babelpark, SilKick.

Schüler A-Klasse

8.50: 6. Abt. I—8. Abt., Ostpark, Verein.
10.00: 4. Abt.—5. Abt., Lohewiese, Verein.
10.10: 12. Abt.—1925 I, Stadion, Verein.

Schüler B-Klasse

8.00: 6. Abt. II—Dt. Lissa, Ostpark, Verein.
9.30: 9. Abt.—Nordost, Brückenaue, Verein.
10.00: 7. Abt.—1925 II, Eichenpark, Verein.
15.15: Stabelwitz—1925 III, Stabelwitz, Verein.

SUHNE VON LINKS GESEHEN

Am Sonntag fand im Stadttheater die Aufführung von Lehars Operette statt, die zweite Operetten-Inszenierung dieser Spielzeit. Diese Operette, die schon im Breslauer Schauspielhaus aufgeführt wurde, ist sicherlich trotz der Beliebtheit einiger Stellen infolge ihrer Süßlichkeit eine der schwächsten Leharschen Kompositionen. Das Thema von dem Zarensohn, der ein einfaches Mädchen lieben lernt, ihr aber aus Gesellschaftsrücksichten beim Tode des Zaren entsagen muß, ist für einen Operettenstoff wie geschaffen.

Die Aufführung, die sehr sorgfältig vorbereitet war, stand infolge der Besetzung der Hauptrollen unter keinem besonders glücklichen Stern. Benno Arnold hat weder gesanglich noch darstellerisch das Format für die Rolle des Zarewitsch und Ellen Pfitzner als Sonja enttäuschte durch geringes Temperament und mangelnde schauspielerische Begabung, wenn sie auch stimmlich am Schluß des zweiten Aktes und im dritten Akt Arnold übertraf. Gut und in ihrem Element waren Dewald als Lakai und Anny Kunze als seine Frau, ferner in einer Nebenrolle ausgezeichnet Wilhelmi als Bordolo. Auf der Höhe waren wieder die von Valeria Kratina einstudierten Tänze, die Chöre und das von Witzler geführte Orchester, von guter Wirkung die Bühnenbilder des zweiten und dritten Aktes. Wenn man auch im Stadttheater für zugkräftige Stücke sorgen muß, so geht es doch auf die Dauer nicht an, die Kassenschwierigkeiten durch Operetten und Spielopern zu beheben.

Geschäftliches

Genossen aus Kl. Tschansch, bei allen Einkäufen in Lebens- und Genußmitteln berücksichtigt das Edeka-Geschäft Erich Freitag, Karl-Marx-Straße 38. — Beachtet die laufenden Inserate.

Rat und Auskunft

Wo holt sich der Proletarier Rat und Auskunft?
Sozialistische Arbeiterhilfe; Büro: Kl. Holzstr. 3.

Allgemeine Wohlfahrtsberatung
Rat und Auskunft in allen Wohlfahrtsangelegenheiten Dienstag und Freitag von 19—20 Uhr im Büro, Kleine Holzstr. 3.

Erziehungsberatung
Während der Sommermonate tagt die Erziehungsberatung nur noch Montag im Heim, Seydlitzstraße, und zwar von 18—19.30 Uhr.

Erwerbslosenberatung:
Beratung in allen Erwerbslosenfragen. Werktäglich außer Sonnabend, in der Zeit von 9 bis 11 Uhr. Büro: Kleine Holzstr. 3.
Auswärtigen Anfragen bitten wir für die betreffende Beratungsstelle Rückporto beizulegen. Weitere Unkosten entstehen nicht.

Rechtsberatung der SAZ
In unserer Redaktion, Kleine Holzstr. 3, ist eine unverbindliche Rechtsberatung eingerichtet worden. Die Beratung findet jede Woche Montag zwischen 15 und 16.30 Uhr und Mittwoch zwischen 18.45 und 20 Uhr statt. Rechtsauskunft wird nur gegen Vorlegung der Abonnementsquittung oder des Parteibuches erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt. Eine Beantwortung von schriftlichen Anfragen wird nur dann vorgenommen, wenn Rückporto beiliegt.

Gefangenenfürsorge
Auskunft Dienstag und Freitag von 19 bis 20 Uhr
Sozialistische Arbeiterhilfe

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien, Sekretariat Breslau, Kleine Holzstraße 3 Telefon 567 68

Zimmermannsveranstaltung: Eintrittskarten bald abrechnen. Sbd., 5 Uhr bei R. Burgfeld 6. So. 9 Uhr im Bergkeller.

Achtung Distriktsführer u. Kartenvertriebsleute. Verkaufte Karten für Konzerthausveranstaltung feststellen und wieviel noch verkauft werden können; alle übrigen sind sofort zurückzubringen. Desgleichen brauchen wir bis spätestens zur Bezirkskonferenz die genauen Adressen der Genossen die über 25 Jahre politisch organisiert sind.

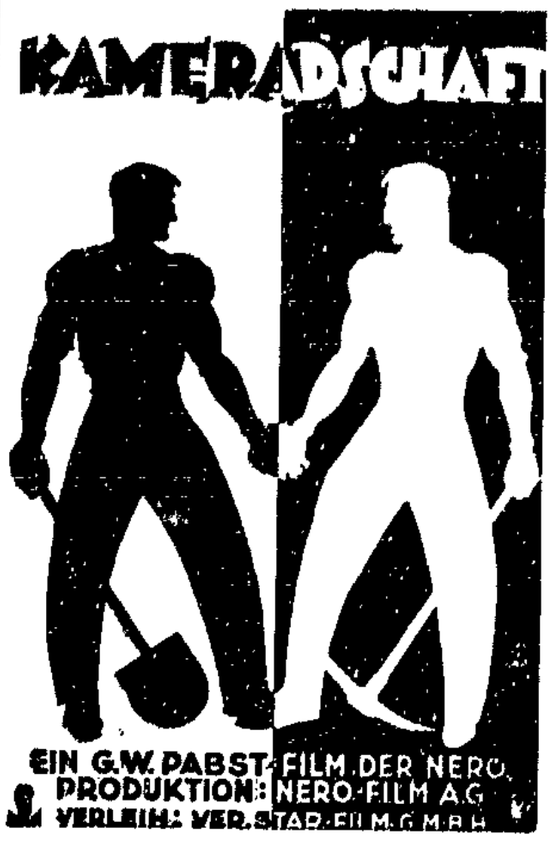
SJV

Sekretariat Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Heim 3: Sonntag, 25. 9., Radtour nach der Juliusburger Heide. Treffen mit Gen. aus Oels. Abfahrt 6 Uhr Heim.

Gewerkschaftsnachrichten

Achtung! Erwerbslose Holzarbeiter.
Montag, 26. 9., findet eine Erwerbslosenversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.



Siehst Du
am 2. Oktober, 20 Uhr,
im Konzerthaus

Städtische Handelsschulen in Breslau

1. Höhere Handelsschule
1jähriger Lehrgang; bei genügender Beteiligung auch besonderer Lehrgang für Abiturienten.

2. Handelsschule
1- und 2jährige Lehrgänge bei letzteren — genügende Beteiligung vorausgesetzt — auch Sonderkurse zur Erlangung des Zeugnisses der mittleren Reife.

Wichtig: Der erfolgreiche Besuch der höheren Handelsschule und Handelsschule befreit von der Pflicht zum Besuche der kaufmännischen Berufsschule.

Beginn der unter 1 und 2 genannten Lehrgänge am Dienstag den 11. Oktober.

3. Wahlfreie Abendkurse
5monatige Lehrgänge; Beginn 1. November.
In Stenographie und Maschinenschreiben bei genügender Beteiligung auch Vierteljahreskurse; Beginn 3. Oktober.
Besonderes Inserat erscheint demnächst.
Auskünfte und Anmeldungen bei dem Direktor, Vorwerkstr. 36/38, 1. Stock.

Der Magistrat.

STADTTHEATER
Freitag, 20 — 22.45 Uhr
In vollständiger Neuinszenierung
der fliegende Holländer
Sonnabend, 20 — 22.30 Uhr
Der Opernball
Sonntag, 15-17.45 (Ermäß. Pr.)
Die verkaufte Braut
19.30 — geg. 23 Uhr
Der Zarewitsch

LOBETHEATER
Freitag, 20.15 — 22.40 Uhr
Schuster Anton Hitt
Sonnabend, 20.15 Uhr (u. tägl.)
Neueinstudierung
Spiel im Schloß
Anekdote von Franz Molnar

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15 — 22.20 Uhr
Die versunkene Glocke

30 Jahre Edeka Großhandel Breslau
Edeka Jubiläums-Woche
vom 24. Sept. bis 1. Okt. 1932
Während dieser Zeit auf Edeka-Artikel doppelte Gutscheine • Ebenso wird in den Edeka-Geschäften das Edeka-Preisrätsel verausgabt
Edeka Großhandel Breslau e. G. m. b. H.

Kleine Anzeigen
sind kompreß gehaltene Anzeigen (Verkäufe Kaufgesuche) nur von Privat. Wort 3 Pfg., fettes Wort 4 Pfg.

Möbl. Zimmer
sauber, ruhig, per 15. Okt. v. rev. Studenten bei Gesinnungsgenossen in der Gräbschener Gegend gesucht. Preis nicht über 20 Mk. Eigene Bettwäsche vorhanden. Zuschriften unter A 107 an die Geschäftsstelle der S. A. Z.

Jeder Genosse, jede Genossin!
Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

PROLETON
Gabitzstraße 20/22 Höfchenstraße 49
Beginn 4.30 Uhr, letzte Vorstellung 8.30 Uhr
Ab Freitag, d. 23. bis Donnerstag, d. 29. September
Willy Fritsch u. Käthe v. Nagy
in der reizenden Operette
RONNY
Musik: Emmerich Kalman - Kapelle: Marek Weber
Und Lachsalven über Buster Keaton in
Buster rutscht ins Filmland
Neueste Tonwochenschau
Tunfischfang im Stillen Ozean
Sonntag-Kindervorstellung 1/2 3 Uhr:
Buster rutscht ins Filmland

WALHALLA
Kino am Wachtplatz
1. Toni van Eyck Albert Bassermann Hans Stüwe
Gefahren der Liebe
Ein Mädchenschicksal
2. Buffalo Bill im Ring
6 spannende Akte
3. Fox tönende Wochenschau
4. Frühling im Loisachtal
Tonkulturfilm